

ALLES ÜBER DAS BÖSE AUF DER WELT — alle 14 Tage brandaktuell

TATblatt

Projekt
Zweitageszeitung
minus 71 nummer

(8/90)

24. April 1990
Preis: öS 10, —

Die Antifaschistische Selbsthilfe organisieren Kein Fußbreit den Faschisten

Den zu erwartenden öffentlichen Nazi-Aktivitäten am 20. April, dem 101. Geburtstag Hitlers wurde von Seiten eines Antifaschistischen Bündnisses mit einer Demonstration in der Wiener Innenstadt begegnet. Dabei standen nicht die er-

warteten Aktionen der Nazis für den 20. April im Mittelpunkt, sondern die zum Alltag gewordenen Überfälle und die Entwicklung von Selbstverteidigungsstrukturen dagegen.

Fortsetzung auf Seite 3

AUSSERDEM

Tabu

PSYCHIATRIE

Die Psychiatrie ist nichts anderes wie eine Strafanstalt, die mit repressivsten, menschenverachtenden Mitteln arbeitet. Das kann sie, weil es keine Öffentlichkeit zu diesem Thema gibt.

Eine Frau, die das erleben mußte, erzählt von ihren Erlebnissen und Eindrücken.

Seite 8

Totalverweigerer zu 2 Monaten unbedingt verurteilt

Seite 5

Probezählung für große Volkszählung '91:

Keine Auskunftspflicht

Seite 2

u.v.a

Impressum Seite 24



Schwertberg (Oberösterreich)

Kulturverein **KANAL**

droht Räumung

Kommt es zum Polizeieinsatz gegen autonomes Kulturzentrum?

Was sich in diesen Tagen gegen den Kulturverein Kanal abspielt, kann nur als ein umfassender Angriff auf die Existenz des Projekts bezeichnet werden. Es ist ein Lehrbeispiel, wie in Österreich schon andere Kulturzentren wie Arena, Gassergasse, Aegidi/Spa-lo abgedreht worden sind. In Schwertberg hat das halt seine pro-
vinzielle Note. *Fortsetzung auf Seite 6*

Volkszählung 1991: Probeboykott jetzt

Ende April / Anfang Mai findet wieder eine »Probezählung« zur Vorbereitung der Volkszählung statt, als »Test für Drucksorten, Erhebungs- und Aufbereitungsverfahren« (§11a Volkszählungsgesetz). Ein Boykott ist diesmal nicht einmal noch verboten.

(TATblatt-Wien; Unser Wien)

Bis zum dritten Mai wird in insgesamt 2500 Haushalten im 8., 10., 18., 20., und 22. Wiener Gemeindebezirk probegezählt (Angaben »Unser Wien«). Die betroffenen Haushalte erhalten bis zum 3. Mai die Fragebögen, welche nach dem erhofften Ausfüllen von ZählerInnen wieder abgeholt werden.

Die Probezählung passiert auf Grundlage des §11a des Volkszählungsgesetzes, der am 28. Feber 1990 dorthin aufgenommen wurde (also nachdem bereits im vergangenen Jahr eine erste Probezählung stattgefunden hat). Dieser Paragraph besagt, daß zur Vorbereitung einer Volkszählung das Österreichische Statistische Zentralamt bis zu drei solche Probezählungen in dafür geeigneten Testgemeinden abhalten kann. Je Probezählung und Gemeinde soll der Kreis der zu befragenden Personen die Zahl von 2000 nicht übersteigen.

Hervorhebenswert ist der Absatz 3 des §11a: »Die Auskunftspflicht nach §3 entfällt bei diesen Probezählungen.« Somit ist keineR zu irgendwelchen Auskunftserteilungen verpflichtet, schon gar nicht die Fragen »nach bestem Wissen und Gewissen wahrheitsgemäß zu beantworten« (§3 Abs3).

Über die Bedeutung der Volkszählung als Instrument der lückenlosen Personenerfassung und -überwachung, und wozu die Daten alles verwendet werden bzw werden können, haben wir bereits mal berichtet. Ausführliche Informationen dazu, auch über die historische Entwicklung von der Steinzeit über das Jahre 0 über das Dritte Reich bis heute, dazu die rechtlichen Grundlagen und vieles mehr gibts im »Volkszählungs-Reader«, der für S 70,- bei uns erhältlich ist (einfach bestellen: Am Besten das Geld in Scheinen einer Bestellung in einem Kuvert

beilegen!)

Übrigens: Natürlich ist der Erfolg einer Volkszählung zu einem gewissen Teil auch Verdienst der ZählerInnen. Und ebenjene werden noch gesucht. InteressentInnen sollen sich (bittet »Unser Wien«) unter 4000/88 6 52 melden.●

FEST GEGEN

- AUSLÄNDER/INNENFEIND-
LICHKEIT
- STADTTEILZERSTÖRUNG
- MIETWUCHER

am

1. Mai

ab 14 Uhr

im Einsiedlerpark in Wien 5.
(siehe auch Seite 22)



Stop dem Autowahn

Gesamtösterreichische Verkehrsdemonstration am 11. Mai in Wien

(Umweltbüro WUK, gek.)

Die anwachsende Autolawine hat die Grenzen der Erträglichkeit überschritten. Sterbende Wälder, zunehmend unbewohnbare Städte und gesundheitsgeschädigte Menschen sind nur die sichtbarsten Zeichen einer längst überfällig gewordenen Entwicklung.

Nach Meinung der Industrie und Straßenlobby ist das Verkehrswachstum noch lange nicht an seine Grenzen gelangt. Verkehrswachstum entsteht nicht zufällig. Es wird bewußt herbeigeführt, v.a. durch den massiven Ausbau des Straßennetzes und die Liberalisierung des Güterverkehrs (EG-Binnenmarkt). Österreich ist durch seine zentrale Stellung im europäischen Transitverkehr der Hauptleidtragende dieser Entwicklung. Durch die Öffnung der ehemals kommunistischen Staaten droht nun auch dem Osten Österreichs eine Transitlawine ungeheuren Ausmaßes.

Wir wollen nicht taten-

los zusehen. Effektiver Widerstand kann aber nur geleistet werden, wenn möglichst alle Verkehrs-, Umwelt- und Bürgerinitiativen als gemeinsame Kraft mit gemeinsamen Zielen und Forderungen auftreten.

Aus diesem Grund soll es am 11. Mai eine gesamtösterreichische GegenVerkehrsdemonstration geben. Die Demonstration soll unter dem Motto »Keinen Meter mehr« stehen und orientiert sich damit am Motto des »Heißen Frühlings« der European Youth Forest Action, in dessen Rahmen europaweit Aktionen gegen die vorherrschende Verkehrspolitik geplant sind (siehe auch TATblatt minus 73).●

Die gesamtösterreichische Verkehrsdemonstration findet am **11. Mai** in Wien statt.

Treffpunkt **15 Uhr** vor dem **Parlament**

Route über die Ringstraße gegen die Einbahn zur Oper und weiter zum Wirtschaftsministerium.

Die zentralen Forderungen: Kein weiterer Straßenbau, Drastische Verringerung des Transitverkehrs, Verkehrsreduzierung statt Verkehrsbewältigung, Tempo 30/80/100, Verbesserung des öffentlichen Verkehrs, Verursacherprinzip auch im Verkehr.

»...und Jakob gab dem König das Ergebnis der Volkszählung bekannt: Israel zählte achthunderttausend Krieger, die mit dem Schwert kämpfen konnten, und Juda fünfhunderttausend. Dann aber schlug David das Gewissen, weil er das Volk gezählt hatte, und er sagte zum Herrn: Ich habe schwer gesündigt, weil ich das getan habe...«

(2. Samuel 24, 9—10)

Reader statt

VOLKSZÄHLUNG



95 Seiten voller Grundsätzlichem, Geschichtlichem, Gesetzlichem, Überlegenswertem, Verwerfenswertem. Anstiftung zum Ungehorsam um S 70,- Zum Bestellen beim TATblatt; 1060 Wien, Gumpendorfer Straße 157/11.

herausgegeben von der Initiative Informatik-Betroffener (IIB) in Zusammenarbeit mit der HochschülerInnenschaft an der TU-Wien und dem TATblatt

Kein Fußbreit den Faschisten!

Die Antifaschistische Demonstration vom 20. April

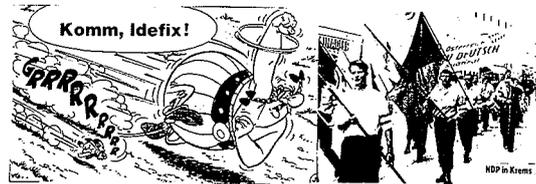
Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt Wien)

Gegen 17.30 gibt es bereits erste Berichte von Skinhead-Überfällen bei der U-Bahnstation Schwedenplatz. Ab 18 Uhr versammeln sich die DemonstrantInnen vor der Oper. Ein am Rande der Kundgebung stehender Skinhead wird angegriffen und vertrieben. Bis 18.30 versammeln sich etwa 400 DemonstrantInnen vor der Oper, der Großteil davon türkische und kurdische GenossInnen, Autonome, Punx und AnarchistInnen sowie SJlerInnen. Um 18.30 kommen drei Nazi-Skins von der U-Bahnpassage zur Kundgebung herauf. Ein Demonstrant wird nach einem Wortgefecht durch einen Messerstich verletzt. Da dies noch auf den Stufen des Aufganges passiert, bleibt der Angriff von den DemonstrantInnen unbemerkt. Die Skinheads können noch einige Meter in die Kundgebung hineingehen, da die DemonstrantInnen respektvoll zurückweichen. Es schien als ob die Skinheads wieder einmal ungehindert durch eine linke Demonstration hindurchgehen konnten. Selbst als ein Skinhead einen Türken bedrohte, zeichnete sich keine Reaktion ab. Plötzlich, und für Wiener Demoverhältnisse unerwartet entlud sich die Wut über die alltäglichen faschistischen Angriffe. Durch einen gezielten Angriff eines Demonstranten entwickelte sich ein geschlossenes Vorgehen gegen die Nazi-Skins. Von allen Seiten angegriffen versuchten sie Richtung U-Bahnpassage zu flüchten. Einer von ihnen bleibt

AUSLÄNDER/INNEN BLEIBEN

FASCHISTEN VERTREIBEN



ANTIFA-DEMO

20.4.90

SHECKELGRUBER'S GEBURTSTAG

18 UHR

OPER



verletzt am Boden liegen. Einige DemonstrantInnen verarzteten den Faschisten, was dieser mit "Juda verrecke" quittiert. Herbeieilte Polizisten bringen den Faschisten schließlich weg. Kurze Zeit später setzt sich die Demonstration Richtung Schwedenplatz in Bewegung. Auffallend war, daß die Demonstration ungewohnt gut organisiert ablief. Nach mehrmaligen Aufrufen des Lautsprecherwagens bildeten nahezu alle DemonstrantInnen Ketten

zum Schutz vor neuerlichen Angriffen. Ab der Rotenturmstraße begleitet behelmte Alarmabteilung die Demonstration. Der Zugang zum Schwedenplatz wird abgeriegelt. Hinter der Polizeisperre: einige Faschisten. Der Demonstrationzug bewegt sich schließlich weiter Richtung Morzinplatz, wo am Mahmal für die Opfer des Faschismus ein Kranz niedergelegt wird und endet schließlich beim antifaschistischen Denkmal am Platz vor der Albertina.

So erfreulich die kämpferische Demonstration vom 20. April ist, darf sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß erst erste Schritte gemacht worden sind. In vielen, wenn nicht gar den meisten, Schulen, Stadtteilen und anderen Bereichen können die Nazis ungestört ihre Propaganda verbreiten und neue Leute rekrutieren. Die erst sehr neue Antifa-Bewegung muß sich erweitern, die eigenen

Kräfte müssen mobilisiert werden. Zwei Dinge sind dabei gleich wichtig:

- 1) Die politische Aufklärung und Mobilisierung, um einer Breitenwirkung rassistischer und faschistischer Inhalte entgegenzutreten.
- 2) Die Organisierung von praktischer Selbsthilfe und Gegenwehr, die solidarische Unterstützung Betroffener.

**SCHLAGT DIE FASCHISTEN,
WO IHR SIE TREFFT •**



Wiederholt versuchten Skinheads die Demo zu stören. Die AntifaschistInnen verstanden es aber, sich zu schützen. Eine Gruppe Skinheads, die einen Demonstranten mit einem Messerstich verletzten, wurden mit Stangen angegriffen und vertrieben. Ein Faschist blieb blutüberströmt liegen.

Wohnen und Arbeiten für ImmigrantInnen: Über die Köpfe

Die Koalitionsparteien SPÖ und ÖVP verhandeln über das Ausländerbeschäftigungsgesetz. Löschnak verhandelt mit den Landeshauptmännern über die Unterbringung von Flüchtlingen. Und die SPÖ-Wien denkt kommunal über das "Thema Ausländerintegration" nach. Eines fällt dabei auf: Die Betroffenen kommen nicht zu Wort.

(TATblatt-Wien)

Eine — vom Innenminister und den Landeshauptmännern besetzte — "Expertengruppe" soll innerhalb der nächsten zwei Monate einen Verteilungsschlüssel ausarbeiten, nach dem AsylwerberInnen auf die einzelnen Bundesländer verteilt werden sollen. Falls ein solcher Verteilungsschlüssel nicht bis 19. Juni bestehen sollte, hält der niederösterreichische Landeshauptmann Siegfried Ludwig ein neuerliches Zusammentreffen von Landeshauptleuten und Innenminister "für notwendig".

Bereits im letzten TATblatt veröffentlichten wir eine "Stellungnahme der AusländerInnenorganisationen" zur Novelle des Ausländerbeschäftigungsgesetzes. ÖVP-VertreterInnen haben dazu wiederholt die Forderung nach einem rechtlichen Status für "Saisoniers" gefordert. Eine äh-

liche Regelung gibt es in der Schweiz: Personen können bis zu neun Monate dort arbeiten, behalten aber Wohnsitz und soziale Absicherung in einem anderen Staat.

Damit wird eine "Rotation" von Arbeitskräften verstärkt, umgekehrt die soziale Integration von Menschen aus anderen Staaten verhindert. Mittlerweile wird die Einführung eines Saisonierstatus nur mehr für die Fremdenverkehrsbranche gefordert; vermutlich rechnet die ÖVP mit einer "leisen" Ausdehnung auf andere Branchen zu einem späteren Zeitpunkt — möglicherweise unter anderen parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen. Mit einer Entscheidung ist diese Woche zu rechnen.

Ebenfalls im Gespräch ist eine Generalamnestie für "Schwarz"arbeiterInnen.

Unter dem nicht gerade freundlichen Titel *R-Ausländer?* — das R und das Fra-

gezeichen in Fraktur gesetzt — fand am Samstag eine "Fachtagung zum Thema Ausländerintegration" der SPÖ statt. Zur Sprache kamen dabei die Minister Geppert und Löschnak, aber auch der Traiskirchner Bürgermeister Knotzer und Gerhard Hetfleisch von der Ausländerberatungsstelle Innsbruck. "AusländerInnen" waren auch dabei: Sie waren die, die nachher den Saal putzten.

Löschnak läßt übrigens nicht nur lügen: Als im Rahmen der Diskussion der Besuch des Dr. Kovarnik und der nachfolgende Bericht (Faksimile siehe unten) zur Sprache kam, bestritt Löschnak händeringend mit flüsternder Stimme jeden Wahrheitsgehalt der diesbezüglichen Meldungen. Einer, der in diese Sache involviert ist, auf die Frage, was denn an den Beteuerungen Löschnaks dran sei: "Das ist eine Lüge."

Betreff: Dienstreise nach Ankara vom 2 Bekämpfung des Schlepperwesens

B e r i c h t

Zi. 18.

Im Auftrag des BMFI unternahm ich eine Dienstreise nach Ankara, um mit Vertretern des türkischen Innenministeriums, Maßnahmen zur Bekämpfung des Schlepperwesens zu besprechen und auch den Wahrheitsgehalt von Behauptungen im Asylverfahren zu verifizieren.

Kurden:

Es gibt keine Diskriminierung der Kurden. Türken mit kurdischer Abstammung finden sich in den höchsten Kreisen des politischen und wirtschaftlichen Lebens. Tatsache ist, daß ihr Lebensraum im Südosten des Landes wirtschaftlich benachteiligt ist. Dies trifft jedoch Kurden und ethnische Türken genau so gleich, wie die un-europäische Vorgangsweise der örtlichen Polizei gegen Gesetzesbrecher. Richtig ist, daß Kurdisch in Schulen und Ämtern verboten ist und selbstverständlich werden kurdische Separatisten (Terroristen) staatlich verfolgt.

Den überzeichneten Darstellungen von Exilkurden wird von den europäischen Ländern zu viel Glauben geschenkt.

Graz: 2 Monate unbedingt für Totalverweigerer

Michael Steinbauer, ein 22-jähriger Grazer, verweigert seit 2. April den Kriegsdienst und ist in der Haft in Hungerstreik getreten. Am 18.4. fand im Landesgericht seine Verhandlung statt, bei der er von Richter Gärtner zu einer zweimonatigen unbedingten Haftstrafe verurteilt wurde.

(ARGE für Wehrdienstverweigerung; TATblatt Graz)

Michael rückte am Montag, den 2. April, in die Kirchnerkaserne in Graz, ein und verweigerte die Waffenannahme, woraufhin er festgenommen wurde. Da er darauf unbefristet in den Hungerstreik trat, überwies ihn der Militärarzt ins Militärspital. Am Dienstag, den 3. April, bestätigte ihm der Militärpsychiater seine Tauglichkeit. Um 12.15h wurde er in die Untersuchungshaft ins Landesgerichtliche Gefangenenhaus Graz überstellt.

Am 18. April um 8.30h fand im Landesgericht Graz die Verhandlung gegen Michael statt. Bereits vor Beginn der Verhandlung war der Verhandlungssaal mit 25 Menschen voll, nur einige Sitzplätze wurden für die Presse freigehalten. Exekutivbeamte und viele Stapos versperrten den Zugang zum Gerichtsgebäude, obwohl noch ca. 40 Menschen zum Prozeß wollten. Laut Auskunft von Stapo Wernegger (Dienstnummer 2351) geschah dies im Rahmen der "Verhandlungsverordnung" auf Weisung von Richter Gärtner. Selbst die Benutzung der Toilette im Gerichtsgebäude wurde einer — verhinderten — Prozeßbesucherin verwehrt.

Michael wurde von Richter Gärtner zu einer unbedingten Haftstrafe von 2 Monaten verurteilt. Diesen ungewöhnlichen Schritt — erstmals wurde ein Totalverweigerer schon bei der ersten Verhandlung unbedingt verurteilt — begründete Richter Gärtner mit der Nichteinsicht und der damit verbundenen voraussichtlichen Wiederholung der Tat. Ein weiterer Grund war für ihn der "Denkprozeß", der in Michael durch die zweiwöchige Untersuchungshaft ausgelöst wurde. In der nun folgenden sechs- bis siebenwöchigen Haft soll sich, laut Richter Gärtner, dieser Denkprozeß fortsetzen: damit Michael sich vielleicht doch noch bereit erklärt, zumindest den Zivildienst abzuleisten.

Dies ist ein klarer Fall von Beugehaft! Richter Gärtner wiederholte mehrmals die Unterstellung, daß Michael von anderen Leuten ausgenutzt wird und wurde — er nannte es: "Vor den Zug gespannt". Die damit angesprochene ARGE für Wehrdienstverweigerung verwehrt sich jedoch gegen diese Behauptung aufs schärfste. Michael hat nun seinen Hungerstreik abgebrochen. Weiterhin in U-Haft hat er nun

drei Tage Bedenkzeit ob er sein Urteil annehmen wird oder nicht.

Nach Verhandlungsende zogen die ProzeßbesucherInnen in einer Demon-

stration vom Landesgericht in die Herrngasse, wo vor dem Landhaus die Mahnwache für Michael wieder aufgenommen wurde. ●

Nach Verunglimpfungen auf der Opernballdemo: Kronenzeitung wirtschaftlich gefährdet?

Klage gegen Gerhard Ruiss

(TATblatt-Wien; IG Autoren)

Wirtschaftlich gefährdet fühlt sich die "Neue Kronenzeitung". Österreichs auflagenstärkste Tageszeitung "in ihrem Kredit, Erwerb und Fortkommen in existenzieller Weise zu beeinträchtigen oder zumindest zu gefährden" (Klageschrift) versucht haben soll Gerhard Ruiss, Vorsitzender der IG Autoren, am 22.2.1990 während der Demonstration gegen den Opernball, als Teilnehmer am sogenannten "Runden Tisch". Nach Meinung der 'Kronenzeitung' und des sie vertretenden Rechtsanwaltes Dr. Alfred Boran (A-1030 Wien, Am Modenapark; Eingang Gottfried Kellergasse 2) stelle Ruiss Erklärung: "**Gewalttätig ist die 'Kronenzeitung', gewalttätig ist das neue Asylrecht, gewalttätig ist ein Polizeipräsident Bögl, der im morgigen Kurier meint, die Moral der Truppe sei gut. Gewalttätig ist das Textilgewerbe, in dem es Löhne von 5000 bis 6000 Schilling gibt für einen Scheißjob**" "eine grobe Verunglimpfung" der Zeitung, "eine grobe Beschimpfung als auch (...) eine Behauptung einer unrichtigen Tatsache" dar. Als besonders verwerflich erachten sie, daß die von Ruiss abgegebene Erklärung am "Runden Tisch" "auf der besondere Aufmerksamkeit genießenden ersten Seite der Samstagausgabe der Zeitung 'Volksstimme' Nr.45 vom 24.2.1990 in einem Artikel mit roter Umrandung veröffentlicht" wurde. Und obwohl die "Kronenzeitung" außer der Vorlage des besagten "Volksstimme"-Artikels keinerlei Beweis für die Echtheit ihrer "Anschuldigungen" vorzubringen weiß, d.h., kein mit der Kronenzeitung auch nur irgendwie in Zusammenhang stehender Mensch Ruiss Äusserung persönlich gehört hatte, weiß Rechtsvertreher Boran, daß "der Beklagte (...) die gegenständliche

Behauptung als politischer Agitator bei einer Demonstration und nicht als Künstler oder Literat von sich gegeben" hat.

Aus diesem Grund beantragte die Kronenzeitung am 28.2.1990 beim Landesgericht für Zivilrechtssachen ein Urteil, daß Ruiss verbietet, "unrichtige und herabsetzende Äußerungen über das Unternehmen der Klägerin, insbesondere die Äußerung 'Gewalttätig ist die Kronenzeitung' in Zukunft von sich zu geben. Sollte er es dennoch wagen, müßte ihm das nach Wunsch der "Kronenzeitung" 300 000 Schilling, also die wirtschaftliche Existenz, kosten.

In einer Klagsbeantwortung an das Gericht wundert sich Ruiss, daß in Österreich nunmehr nicht bloß der Bundespräsident, der Staat, sowie dessen Verfassungsorgane und Symbole "herabgewürdigt" (wie es das Strafgesetzbuch nennt) werden können, "sondern ebenso die Kronenzeitung, ihre Linie, ihr Erscheinen und Format."

Die Gefahren solcher Urteilsbegehren sind aber mit süffisanten Bemerkungen nicht zu erfassen: Neben Kritik an Medienkolossen wie der Kronenzeitung soll auch die Berichterstattung über Kritik an diesen verhindert werden. Welche Zeitung würde schon Artikel wie jenen der "Volksstimme" in Zukunft veröffentlichen, wenn sie so die wirtschaftliche Existenz der zitierten Person gefährdete (allein die Gerichtskosten und Rechtsanwalts honorare betragen bei einem solchen Streitwert mehrere 10 000 Schilling)?

Diese Zerstörung der wirtschaftlichen Existenz ist jedenfalls genauso wenig gewalttätig wie die Verunmöglichung von Kritik. Echte GewalttäterInnen werfen nämlich Steine..... ●

Schwertberg (Oberösterreich) Kanalräumung?

Kommt es zum Polizeieinsatz gegen autonomes Kulturzentrum?

Fortsetzung von Seite 1

(Kulturverein KANAL; TATblatt-Wien)

Am Freitag, den 6. April flatterte dem Kulturverein von Bürgermeister Gassner, der in seiner Funktion auch zugleich Baubehörde erster Instanz ist, ein Räumungsbescheid ins Haus. Begründung: bau- und sicherheitstechnische Mängel. Da Gefahr in Verzug sei, kommt diesem Bescheid ohne Ermittlungsverfahren nach 14tägiger Frist keine aufschiebende Wirkung zu. "Gefahr in Verzug" wird angewandt, um brutale Maßnahmen rasch über die Bühne zu bringen.

MÖGLICHE AUSWIRKUNGEN:

- 5 Bewohner sollen auf die Straße gesetzt werden.
- 2 Kulturarbeitsplätze sind in Gefahr
- das geplante Kulturprogramm könnte nicht stattfinden, Schadenersatzforderungen drohen
- Umbauarbeiten, für die ein Kredit von 200.000.-öS aufgenommen wurde, würden gestoppt werden
- die ohnehin karge Kulturlandschaft in der Region würde weiter veröden

- konservative, wenn auch sozialdemokratisch eingeschmierte Platzhirschen und Ordnungshüter würden triumphieren

WIE IST DIE INTERESSENSKONSTELLATION DAHINTER?

Der Verpächter, ein Großbauer in Schwertberg kassiert monatlich 5.300.-öS Miete/Pacht. Das Haus und Gelände ist in einem desolaten Zustand, ohne Wasser, Strom, Heizung, sanitäre Anlagen von den Kulturbetreibern angemietet worden. Nun ist es saniert, der Wert des Hauses vervielfacht. Nachdem nun der Druck von reaktionären Kreisen und Scharfmachern auf ihn zu groß wurde, will der Verpächter die Kanalis rauschmeißen.

Eigentlich hätte er als Vermieter die Mängel beheben müssen, durch dieses Hintertreiben brachte er die Kanalis in diese prekäre Situation.

Der Bürgermeister und Teile des Gemeindeestablishments haben, seit der Kulturverein KANAL seine kritische und autonome Linie nicht verließ, ihr Vereinnah-

mungsspiel verloren. Die Behörden wie Bezirkshauptmannschaft und andere Ordnungskräfte verfolgten von vornherein einen repressiven Kurs. Da es durch "normale" Maßnahmen nicht gelang, den KANAL abzdrehen, mußte halt ein Popanz aufgebaut werden. Dieser besteht in den "gravierenden Mängeln". Feuer- und Baupolizei eignen sich dazu als scheinbar "objektive" Instanzen. Abgesehen davon, daß die beanstandeten Mängel aufgebaut und falsch sind, wird in der Regel beanstandet, und eine Halb- oder Jahresfrist gesetzt, um die Mängel zu beheben. In der Praxis wird aber nicht auf "Gefahr in Verzug", umgangssprachlich Willkür genannt, plädiert.

WIE KAM'S DAZU?

Im Juni 1988 veranstaltete der Kulturverein KANAL anlässlich des Besuchs des katholischen Oberhirten im nahegelegenen Enns ein Anti-Papst-Fest. Die antiklerikale Haltung der "Kanalis" bringt die Gemeinde samt Bürgermeister auf die Palme. Im Jahr darauf gibt es Schwierigkeiten bei der Subventionsvergabe (öS 20.000.—... Schwertberg gilt als die reichste Gemeinde des Mühlviertels!). Im Jänner 1990 wird das Subventionsansuchen gar zurückgewiesen, weil es einen Tag zu spät eingelangt sei. In weiterer Folge werden Kanal-Veranstaltungen von Seiten der Gemeinde verhindert, bei einer bau- und feuerpolizeilichen Begehung werden Mängel am Gebäude aufgebaut. Am 6.4. folgt der Räumungsbescheid, die Räumung wird für den 20. April angesetzt.

Man/frau kann's verraten: an diesem Tag passierte nix. Dennoch ist die Gefahr nicht gebannt. Denn strotzt der Bescheid der Gemeinde auch von Widersprüchen, und sind die Vorwürfe durchgehend unhaltbar, so kann er doch rechtsgültig werden, weil dem Kulturverein KANAL keine Parteienstellung zugestanden wird. Zwar erhoffen sich die Kanalbetreiber noch Hilfe von einer Aufsichtsbeschwerde beim Amt der o.ö. Landesregierung, sowie einem Schreiben an Ministerin Hawlicek, für den Fall der Fälle will man/frau sich aber auch andere Aktionsformen vorbehalten. Beim Eingreifen der Exekutive werden die Kanalis (... und wehe wenn sie losgelassen — kämpferische Grüße aus dem TATblattbüro) das Gebäude besetzen, dem Namen "Schwert"berg soll alle Ehre gemacht werden. Unterstützung in jeder Art und Weise ist willkommen, Protestbriefe auf jeden Fall an Kulturreferend Ratzenböck, Klosterstr. 7, 4020 Linz. •

und in Wien:

damit das ROTSTILZCHEN nicht geräumt wird:



"Wäre der Papst nicht impotent.."

Vorverfahren wegen § 188 (Herabwürdigung religiöser Lehren) gegen zwei Mitglieder des Mühlviertler Aktionskomitees gegen klerikale Umtriebe (MAKU) abgeschlossen.

(MAKU, TATblatt Wien)

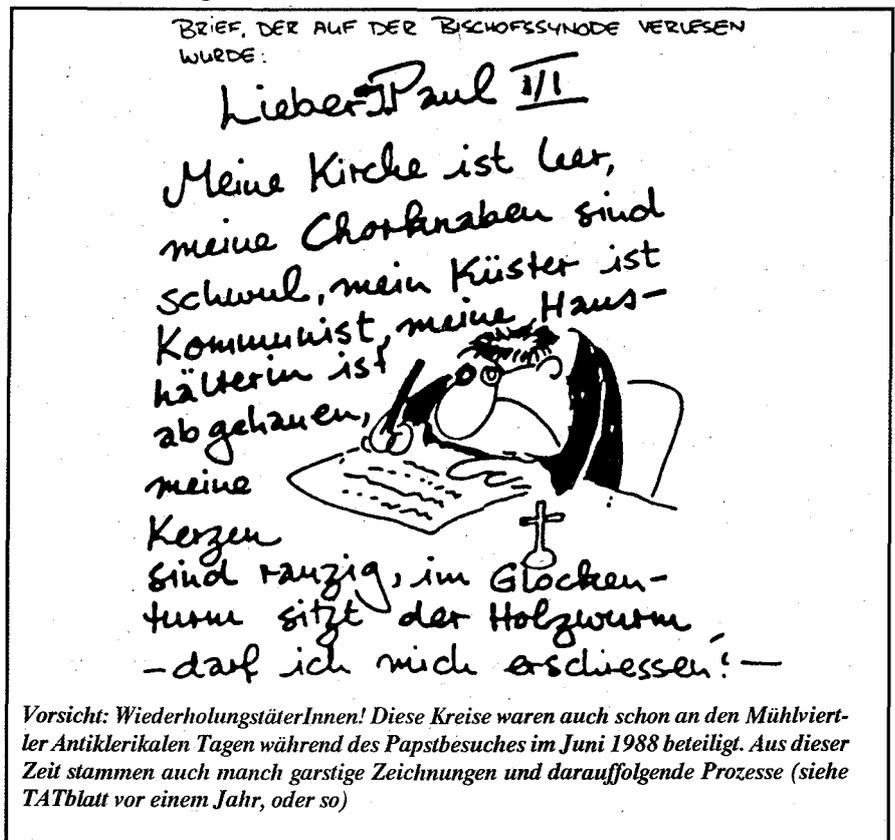
Am 28.12.1989 führte die Gruppe "Geborene für Ungeborene" in Linz einen Schweigemarsch gegen das Recht auf Abtreibung durch. Dagegen protestierten nach Polizeiangaben etwa hundert Menschen, die sich das Recht auf freie Gewissensentscheidung ob Abtreibung oder nicht, nicht nehmen lassen wollen, und einen Schritt zurück in eine Zeit der geheimen Abtreibung und der Engelmacherinnen nicht gutheißen können. Zu diesem Zweck wurde parallel zum Schweigemarsch ein Infotisch am Linzer Taubemarkt abgehalten, aus dem sich in weiterer Folge eine Gegendemonstration entwickelte. Die GegendemonstrantInnen verliehen ihrem Unmut durch Pfeifkonzerte, Sprechchöre und mitgeführten Transparenten Ausdruck. Vor der Karmelitenkirche in der Linzer Fuzo, wo auch die Demonstration der "Geborenen" mit zweistündigem Absingen religiöser Lieder endete, wurde von den GegendemonstrantInnen ein Transparent mit der Aufschrift "WÄRE DER PAPST NICHT IMPO-TENT, DANN WÄRE DIE ABTREIBUNG EIN SAKRAMENT" entrollt. Dieses Transparent wurde in weiterer Folge auch von Terkashani Mahnoud und Andreas Wahl gehalten. Nachdem die beiden von Sicherheitsbeamten mit der Verhaftung bedroht, und zur Ausweisleistung aufgefordert wurden, wurde das be- anstandete Transparent wieder eingerollt.

Nun droht Terkashani und Wahl neben einer Verwaltungsstrafe (Andreas Wahl wurde wegen "Erregung öffentlichen Ärgernisses" zu 1.600.-öS verurteilt) auch ein Verfahren wegen "Herabwürdigung Religiöser Lehren" (§188 StGB). Die Vor- untersuchungen sind bereits abgeschlos- sen, in nächster Zeit wird es sich entschei- den, ob den beiden der Prozeß gemacht wird.

Ganz abgesehen davon, daß die Potenz

des Papstes wohl kaum Inhalt eines religiö- sen Dogmas ist, zeigt dieser Fall einmal mehr, daß der §188 immer wieder zur mas- siven Beschneidung des Rechts auf freie

Die Erfahrung aus anderen §188 — Verfahren lehrt, daß Protestschreiben sehr hilfreich sein können, um die Einleitung eines Verfahrens hintanzuhalten, da die



Meinungsäußerung herangezogen wird. Die Situation in Österreich ist immer noch die, daß sehr viele (Minderheits-) Gruppen des Schutzes durch den Staat und die Gesetzgebung bedürfen. Die katholische Kirche gehört sicherlich nicht zu diesen Gruppen, da sie nach wie vor ein immenses Machtpotential in Händen hält. Das zeigt sich auch darin, daß die Behörden in diesem Fall von sich aus aktiv geworden sind, und nicht etwa eine Anzeige durch eine Privatperson abgewartet haben.

Betreiber die Öffentlichkeit sehr scheuen. Schreibt also Protestschreiben an: Staatsanwaltschaft Linz,

Dr. Scherbantini

Museumsstr. 12, 4020 Linz

und ans Bundesministerium für Justiz, Museumstr. 7, 1070 Wien.

(WICHTIG: Aktennummer 16 U 255/90 angeben, und eine Kopie an KV KANAL, Josefstal 21, 4311 Schwertberg)•

bezahlte Anzeige:

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

papierTIGER

Das andere Papier.

WIEN

1020
Springerg. 1
Tel. 2166305

WIEN

1070
Schottenfeldg. 53
Tel. 964307

GRAZ

8010
Glacisstr. 23
Tel. 832703

LINZ

4020
Waltherstr. 2
Tel. 283420

Tabu PSYCHIATRIE

(Claudia Gasser)

Angesichts meines schlechten Gewissens, diese Arbeit ständig zu verschieben, und der Tatsache, daß es heute wieder eine Freundin von mir erwischt hat und sie in die Mühle der psychiatrischen Anstalt geraten ist, ohne daß ich dies hätte verhindern können, versuche ich hiermit einen Einstieg in die versprochene Arbeit zum Thema »Tabu Psychiatrie« zu finden.

Dies soll ein sehr subjektiv abgefaßter Artikel sein, da ich hierin allein von meinen Erfahrungen mit dem psychiatrischen Apparat berichten will.

Ich werde mich, ausgehend von einigen der bei unserer ersten offiziellen Veranstaltung zum Thema aufgeworfenen Fragen, auf meine persönlichen Erlebnisse und Eindrücke vor, während und nach der Einlieferung in die Anstalt »Wagner Jauregg Krankenhaus Linz« beziehen.

Meist passiert der Erstkontakt mit der Psychiatrie durch ein sogenanntes »Auffälligwerden« und die Umwelt reagiert darauf fast immer mit Angst, Ohnmacht und Sanktionen.

Es genügt schon, wenn du im Winter ohne Schuhe auf die Straße gehst. Je nachdem, wie die Umwelt mit sogenannten abnormen Verhalten umgehen kann, wird sie reagieren.

Die Variationen der Gründe, warum Frau eingeliefert wird, sind vielfältig und meist sind an der Einlieferung Verwandte, Ehemänner, Freundinnen/Freunde oder Bekannte maßgeblich beteiligt, sei dies aus Hilflosigkeit, Angst, Überforderung oder einfach nur, weil sie es »gut« meinten oder keine Alternative wußten.

Mir geht es hierin auch nicht darum, die Schuldigen zu suchen, und zu verurteilen, sondern um die Darstellung der Situation in der Psychiatrie und um die Entwicklung gezielter Strategien, Einlieferungen zu verhindern, falls dies nicht möglich war, eine möglichst effiziente Vorgangsweise zur Befreiung einer Betroffenen zu entwickeln.

Keine von uns ist gefeit vor einer derartigen Begegnung mit einer repressiven Institution — umso wichtiger erscheint es mir, sich mit der Psychiatrie auseinanderzusetzen, und wenn es sich nur um eine Information über die Verhältnisse dort handelt.

Vor meinem ersten Psychiatrieaufenthalt wußte ich zwar, daß die Psychiatrie nichts anderes als eine Strafanstalt ist, aber über die Realität und die Repressalien,

denen Betroffene dort unterzogen werden, hatte ich keine Ahnung. Ich hatte auch immer wieder mal was von Schizophrenie, Psychose, Manie, Neurose und derart gängigen stigmatisierenden Diagnosen gehört, hatte aber keine Vorstellung, welche Zustände (außer den Phrasen und Abhandlungen über deren Symptomatik, die in jedem null.acht-fünfzehn-Medizinlehrbuch enthalten sind) innerer Art ablaufen, und dann mit diesen Schlagworten abgetan und katalogisiert werden. Aber dazu später.

Ich landete also völlig naiv, was die österreichische Psychiatrie betrifft, und in einem sehr abgehobenen Zustand am 1.1.1985 im Wagner Jauregg, wohin mich meine ratlosen Verwandten brachten, und in die Verantwortlichkeit des psychiatrischen Personals übergaben.

Vielleicht ist es in diesem Zusammenhang doch wichtig, meine damalige Verfassung in groben Zügen zu schildern, denn ich weiß von vielen Mitpatientinnen, daß



sie unter ähnlichen inneren Bedingungen Begegnungen mit der Psychiatrie machten:

Ich befand mich in einem äußerst sensibilisierten und empfindlichen Zustand, was die Verarbeitung und Aufnahme meiner Umwelt und Innenwelt betraf. Meine »Droge« war die Schlaflosigkeit, die durch meine damaligen Arbeitsbedingungen entfacht wurde. In diesem Zustand habe ich die Welt eindeutig erlebt und somit auch umso klarer die kaltblütigen und rauen Methoden des Anstaltspersonals.

Was ich damals gebraucht hätte, wäre Liebe, Erholung und Ruhe in einem trauten Kreis von Freundinnen/Freunden gewesen.

Der Akt der Aufnahme in die Psychiatrie wurde folgendermaßen vollzogen: In der Ambulanz wurde ich vom Turnusarzt begutachtet — womit ich nicht sagen will ein Psychiater verstünde mehr von der Materie — und dieser empfahl meinen Verwandten meine dringende stationäre Aufnahme, woraufhin diese noch hilfloser und eingeschüchterter waren, da sie ja nicht erfuhren, was denn Schreckliches los sei.

In ihrer naiven Annahme »der Papi wirds schon richten« überließen sie mich meinem Schicksal.

Ich verlangte sogleich nach bestimmten homöopathischen Medikamenten, von denen ich wußte, daß sie mich wirksam harmonisieren hätten können — ein weiteres Indiz für meine Verücktheit, da die Schulmedizin über die Homöopathie nur weise lächelt.

Der Turnusarzt brachte mich in die Aufnahmestation und übergab mich den dortigen Schwestern. Diese rissen mir förmlich die Kleider vom Leib, nahmen mir alles, was ich dabei hatte, weg, worauf ich

nackt flüchten wollte. Ich hatte nicht mal mehr eine Unterhose an, da sie mich zu dritt oder viert bis auf die Haut ausgezogen hatten.

Mein Fluchtversuch wurde natürlich wieder als Verrücktheit gewertet und sie paßten nun umso mehr auf mich auf, setzten mich auf eine Waage, die wie ein elektrischer Stuhl aussah, was ich bemerkte — ein weiterer Beweis für meinen Wahnsinn — und ich war nach allem, was weiterhin ablief, in ein Konzentrationslager versetzt. Sie steckten mich unter eine Dusche und ich glaubte, jetzt sei wirklich mein letztes Stündchen gekommen und keine da, die mich da rausholt. Selten habe ich derartig panische Angst — außer in Salzburg bei meiner zweiten Einlieferung — erlebt.

Nachdem ich den »üblichen« hygienischen Maßnahmen unterzogen worden war hoffte ich noch immer auf ein Befreiungswunder. Jedoch vergeblich, und ich wurde in ein Bett gesteckt, das sich in einem riesigen Schlafsaal befand, wo die Frauen völlig apathisch lagen, oder schrien und stöhnten.

Medizinisches Versuchslaboratorium war mein nächster Gedanke, und ich hielt nach einem Fluchtweg Ausschau. Vielleicht über das WC? Im Clo stellte ich nur wieder Erschreckendes fest, nämlich, daß von der Decke sein sehr spitzer Metallstab herunterstand, darauf ich glaubte, im nächsten Moment gepfählt zu werden, und schreiend aus dem Clo lief.

Dies veranlaßte mich auch dazu, in mein Bett zu pinkeln, da mir dies sicherer erschien und wiederum vom Anstaltspersonal als Beweis für mein Verrücktsein gewertet wurde, und sie kamen mit den oralen Medikamenten und drohten, wenn ich diese nicht nähme, würden sie sie mir injizieren. Ich entschied mich also dafür, diesen Saft zu konsumieren. Über dessen Zusammensetzung und Wirkung wurde ich folgendermaßen belehrt: »Sind sie der Arzt oder ich?« Eine weitere Diskussion war nicht möglich, da sich jener weißbemäntelte Allwißler gleich wieder schlich.

Als die Visite kam, steigerte sich meine Angst nochmal, da einer nach der anderen Frau psychopharmazeutische Schüsse gesetzt wurden.

Mir wurde die sogenannte Freiwilligkeitserklärung vorgelegt, worin in etwa steht, daß ich mich freiwillig in der Anstalt befinde. Als ich mich weigerte, das Papier zu unterschreiben, wurde mir die Vorführung vor den Polizeiarzt angedroht. Und man gab mir zu verstehen, daß ich in meinem Zustand ohnehin keine Chance auf eine sofortige Entlassung hätte, und somit meine Zwangseinweisung vom Polizeiarzt sowieso für richtig befundet würde. Mit dieser Vorgangsweise hat sich dieser Apparat meine Unterschrift erpreßt. Nach der derzeitigen Gesetzeslage ist der Polizeiarzt dazu befugt, Zwangseinweisungen vorzunehmen, und, da dieser sowieso mit dem Anstaltspersonal unter einer Decke steckt, ist es wahrscheinlich, daß in allen Fällen eine Zwangseinweisung verfügt

wird, besonders, wenn du dich bereits in der Anstalt befindest und das dortige Personal nur noch den formellen Sanktus für die Anhaltung braucht. Die Freiwilligkeitserklärung bedeutet deine Einwilligung, in der Anstalt eingesperrt zu sein. Sie heißt aber nicht, daß du mit dieser Unterschrift auch die gängige Psychopharmatherapie unterschreibst. Das ist im Gesetz strikt voneinander getrennt. Ich habe diese Drogen von Anfang an abgelehnt und wurde gegen meinen Willen auf brutalste Weise niedergespritzt. Jedesmal, wenn sie mit den Giften kamen, lehnte ich diese dezitiert ab, was zur Folge hatte, daß sie mir gespritzt wurden, und zwar so lange, bis ich keine Medikamentenverweigerung mehr aussprach; dann bekam ich die Drogen oral und wurde genau beobachtet, ob ich sie auch schluckte. Man belohnte mich auf diese Art für meine Unterwerfung unter die Repressalien der Anstalt.

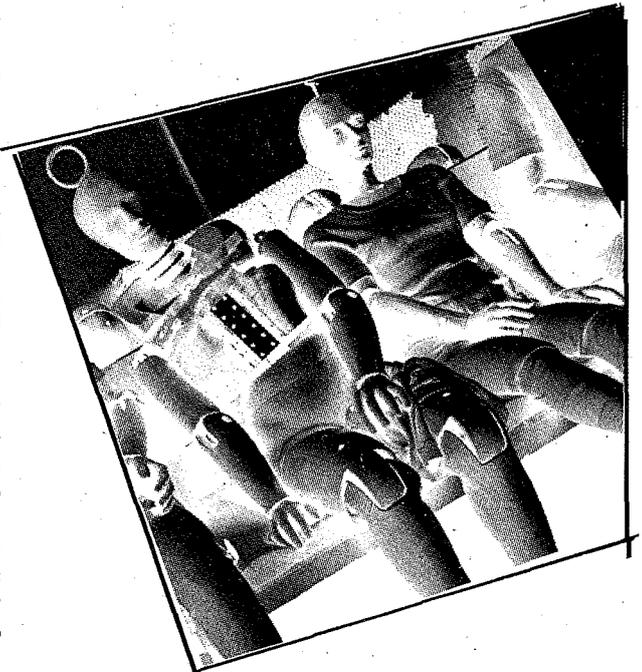
Bei jeder Visite gab ich somit gezwungenermaßen meine Unterschrift her. Als eine meiner Mitpatientinnen vor Angst zu schreien begann, und von den Schwestern angedroht bekam, in ein Kammerl gesperrt zu werden, wenn sie nicht brav sei, versuchte ich, mit dieser Frau zu reden, und mußte feststellen, daß sie mit Drogen derart vollgepumpt war, daß sie kein Wort mehr herausbrachte. Mein Solidaritätsversuch wurde uns beiden insofern zum Verhängnis, daß ich in jenem Kammerl und sie in einem anderen Kammerl isoliert wurden, wobei mir die Schwestern unter Aufgabe der Pfleger auch noch einen Schuß setzten. Diese Drogen sind derart horribel, da du dich in keiner Weise dagegen wehren kannst, sobald das Gift seine Wirkung entfacht. Überdies lief in jenem Kammerl noch lautstark die ganze Zeit meiner Isolation dort ein Ventilator, daß ich glaubte, bereits die Sirenen des dritten Weltkriegs zu hören.

Ab diesem Zeitpunkt wußte ich, daß es unter Umständen aus ist mit mir, und ich erlebte erstmalig die tausendprozentige Ohnmacht repressiven Apparaten gegenüber und verfiel durch die einsetzende Wirkung der Drogen in einen tagelangen Dämmerzustand, aus dem ich zum Essen, oder wenn ich Besuch bekam, aufgeweckt wurde.

Die Drogen verwirrten mich und ich hatte körperlich derartige Schmerzen, als würden mir die Knochen gebrochen. Im Gesicht bekam ich davon Lähmungen und Verzerrungen der Muskel, konnte meinen Speichelfluß nicht mehr kontrollieren und sabberte. Meine Besucher und Besucherinnen glaubten bei meinem Anblick umso mehr, ich wäre verrückt. An das meiste, was in diesen Tagen — es dauerte ca eine Woche — während meines Aufenthalts auf der geschlossenen Abteilung passiert ist,

habe ich kaum eine Erinnerung und ich behaupte, daß eine der gezielten Wirkungen der Drogen das eingeschränkte Erinnerungsvermögen der Patientinnen an die, auf der Geschlossenen herrschenden Zustände sein soll, damit die Öffentlichkeit nichts davon erfahren kann einerseits, und die einschüchternde Wirkung der üblicherweise verwendeten Drogen, wie Haldol, Truxal, Rhoypnol, Zisordinol, Melleril, Dogmatil, etc andererseits; alles in Überdosen angewandt, da nicht einmal auf die individuellen körperlichen Verfassungen der verschiedenen Frauen bei der Dosierung geachtet wird.

Umsomehr ist von Glück zu reden, wenn du eine derartige Konfrontation überlebst.



Ca am achten Tag, oder vorher — ich habe keine Erinnerung daran, da ich durch die Drogen in jeder Weise desorientiert war — kam der damalige Oberprimar und erklärte, ich sei für den Rohrschachtest und einige andere in meinen Augen sehr faschistoide Tests, deren Namen ich nicht weiß, bereit, und ich hatte mich in meinem völlig desolaten Zustand, den die Drogen bei mir, und sicher jeder anderen Frau auch, verursacht haben, zu unterziehen. Ich fühlte mich bei dieser Testerei bis in meine tiefste Seele gedemütigt. Nach dieser scheinbar für positiv bewerteten Prozedur wurde ich auf die sogenannte Offene Station verlegt, die aber keine offenen Abteilung ist, sondern der Unterschied ist der, daß nicht mehr zwanzig Frauen in einem Schlafsaal zusammengepfercht sind, sondern nur vier in Vierbettzimmern. Die Türen in dieser Abteilung sind genauso verschlossen, mit dem Unterschied daß frau nach Abmeldung zu bestimmten vorgeschriebenen Zeiten Ausgang bekommt. Der Vorteil daran ist, daß du dadurch das Spital verlassen kannst, und, falls du die Kraft dazu hast, nicht wiederkehrst.

Ich war leider derartig eingeschüchtert, daß ich mich nicht traute, die Anstalt zu verlassen; insofern ist es wichtig zu wissen, daß die übliche Taktik der Einschüchterung durch das Anstaltspersonal so funktioniert, daß Frau, sofern sie sich selbst in einem, für sie fremden, seelischen Zustand befindet, von vornherein verunsichert ist, falls sie nicht weiß, was mit mir los ist. Das ist dann auch genau der Punkt, wo die Psychiater mit ihrer Verunsicherungsstrategie ansetzen und versuchen, die einzureden, daß mit dir wirklich etwas nicht stimmt. Was mit dir nicht stimmt, wird dir nie gesagt, weil die Typen sowieso keine Ahnung haben. Sie machen lediglich folgendes, nämlich, sich auf die Liste der bisher bei Betroffenen offenkundig gewordenen Symptome zu berufen, wobei sie sogar so überheblich sind, sich nicht einmal für die Erweiterung ihrer Symptomeliste zu interessieren, was dazu führt, daß dich weder wer fragt, wie es dir geht, noch was du möchtest oder denkst zu deinem für abnorm erklärten Zustand.

Ich machte es mir, was das Personal betraf, nach ein paar dummen Kontaktversuchen meinerseits, zum Prinzip, die Pappen zu denen gegenüber zu halten. Aussageverweigerung ist hierorts genauso wichtig im Kopf zu behalten, da alles, was du sagst, wieder nur gegen dich verwendet wird, du bist schließlich geisteskrank.

Weiters war es für mich nach einiger Zeit klar, daß du, je angepaßter du dich an die von dir erwarteten Bedingungen in der Anstalt verhältst, umso eher wirst du mit deiner Diagnose in der Tasche, unter Umständen bereits medikamentensüchtig, entlassen. Darum ist es wichtig zu wissen, daß wir uns der Psychiatrie ähnlich, wie dem Bullenapparat gegenüber verhalten müssen. Einen Unterschied gibt es für mich lediglich darin, daß dich ein Psychiater unter dem Deckmantel der Selbstgefährdung oder Fremdgefährdung ohne Haftbefehl oder Verurteilung einsperren kann. Wenn du Pech hast, kann dein System die sich daraus ergebende Behandlung mit Medikamenten, Elektroschocks — diese feiern ein Revival —, Gehirnoperationen — diese kommen seltener vor, aber es gibt sie — nicht verkraften.

Ein sehr wichtiger Punkt ist, daß eine »freiwillige« oder zwangsweise Einweisung eine medikamentöse Behandlung nicht legitimiert. Das derzeitige Gesetz erlaubt es nicht automatisch, daß die Betroffene dann auch behandelt werden darf. Ich habe jedesmal offiziell eine Medikamentenverweigerung dem Anstaltspersonal gegenüber gemacht, und hatte keine Chance damit, da dies als Krankheitsuneinsichtigkeit gewertet wurde, was wiederum der Krankheit entspricht. Die Ärzteschaft hat sich ihre Unantastbarkeit und Autorität dadurch gesichert, daß nur der Arzt die Befugnis hat, zu beurteilen, was für dich gut ist,

und was nicht. Somit könnte nach ihrem Prinzip nur ein Mediziner vom gleichen Fach eine andere Vorgangsweise bewirken. Auf diese Art sichert sich auch das System den uneingeschränkten Machtanspruch.

All meine Medikamentenverweigerungsversuche im Wagner Jauregg scheiterten, es passierte sogar folgendes, nämlich, wenn ich das Anstaltspersonal darauf hinwies, welche körperlichen Beschwerden ich von den verabreichten Giften davontrug, wurde mir, anstatt das Gift sofort abzusetzen, das sogenannte Gegenmittel, das gegen die sogenannten Nebenwirkungen, die meines Erachtens genauso Hauptwirkungen sind, gespritzt. Dies veranlaßte mich schließlich, lieber zu schweigen, als eine zusätzliche Vergiftung meines Körpers zu riskieren. Ich behielt mein verzogenes Gesicht, meine Muskelkrämpfe und meine berstenden Knochen lieber und paßte mich an die vorgeschriebenen sogenannten Therapien, wie Beschäftigung mit Basteleien in der Beschäftigungstherapie und Herumgehopsen in der Bewegungstherapie an, um möglichst bald aus diesem irren Haus entlassen zu werden.

Die Gürtelrose, welche während der Tortour ausbrach, verschwieg ich und die schwere Nebenhöhlenerkrankung — diese konnte nach meiner Entlassung nur noch mittels Nebenhöhlenerkrankung gelindert werden — auch, um meinen Leib vor weiteren Giften zu verschonen.

Während des Aufenthaltes in der Anstalt ist es sehr wichtig, mit Mitpatientinnen Kontakt herzustellen. Die Solidarität drinnen ist wirklich sehr wichtig, denn ich bin überzeugt, daß die meisten Frauen, die drinnen sind, deine Ängste teilen. Für das Anstaltspersonal ist dies unangenehm, da du vereinzelt viel leichter kontrollierbar bist, als wenn Frauen drinnen darauf achten, was mit dir gemacht wird und umgekehrt. Außerdem findest du nur unter den Frauen das Verständnis, das du beson-

ders unter derart repressiven Bedingungen brauchst.

Leider war ich damals so traumatisiert von den Ereignissen, daß ich kaum noch kontaktfähig war, vor allem in den Tagen, als die menschenunwürdigen Umstände völlig neu für mich waren. Erst als ich halbwegs wußte, was da gespielt wird, konnte ich Kontakt mit betroffenen Frauen herstellen.

WAS FREUNDINNEN DRAUSSEN FÜR DICH TUN KÖNNEN IST:

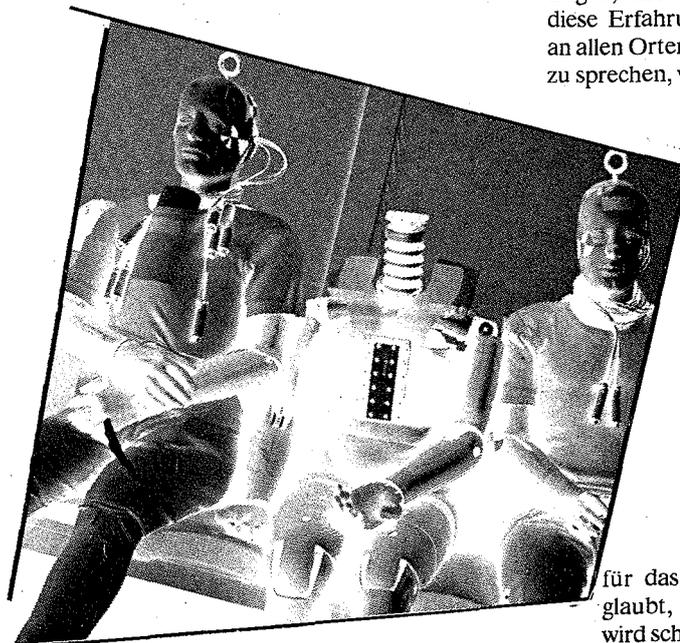
- möglichst täglich auf Besuch kommen
- Kleider, Zigaretten, Taschengeld, etc bei Erstkontakt mitbringen, da einer alles, was sie hat/braucht, sofort weggenommen wird
- dem Anstaltspersonal immer wieder Fragen stellen und auf die Nerven fallen, besonders was ihr Krankheitsbild von deinem Zustand betrifft
- Fragen über die weitere Vorgangsweise stellen
- wichtig ist, daß das Personal weiß, daß ihr Vorgehen dir gegenüber genau beobachtet wird und, je lästiger deine Besucherinnen sind, umso eher bist du wieder draußen
- jede Fluchtmöglichkeit aus der Anstalt mit dir in Erwägung ziehen und umsetzen, sofern dies möglich ist (Achtung: der Führerschein kann dir entzogen werden, sofern die Psychiatrie bei den Bullen dies einbringt)
- als Besucherin ist es auch wichtig, Kontakte, die sich mit anderen betroffenen Frauen ergeben, zu pflegen

Psychiatrie arbeitet mit ihren menschenrechtswidrigen Methoden deshalb seit es sie gibt, weil es keine Öffentlichkeit gibt, somit auch keine Offenlegung der dort herrschenden Zustände.

Ich selbst habe fünf Jahr dafür gebraucht, das Thema und meine persönliche Geschichte in diese Öffentlichkeit zu tragen, und ich wünsche jeder Frau, die diese Erfahrungen gemacht hat, darüber an allen Orten und Bereichen ihres Lebens zu sprechen, was ihr in diesem System Psychiatrie widerfahren ist.

Ich selbst war glücklicherweise in der Lage, das Thema im Freundinnenkreis zu enttabuisieren, einfach aus dem Drang heraus, nicht daran erstickten zu wollen. Leider sprechen nur wenig Frauen über diese Erfahrungen, wahrscheinlich aus Angst und auf Grund der notwendigen Verdrängung, da es unerträglich ist, daran erinnert zu werden, sofern die Umwelt kein Verständnis

für das zugefügte Thema hat und glaubt, das psychiatrische Personal wird schon richtig gehandelt haben. ●



Westberlin Bär muß bleiben!

Keine Ausweisung von Ralf Reinders, Gefangener aus der Bewegung 2. Juni!

(Flugblatt; Westberlin, April '90)

Die deutsche Frage spukt momentan in vielen Köpfen, auch in vielen linken. Deutschtümmelei und nationale Besoffenheit beherrschen die "öffentliche Meinung". Dieser Staat geht deshalb umso mehr gegen jene vor, die sich mit Vergangenheit und Kontinuität genau dieser deutschen Geschichte nicht abfinden wollen.

Es gab und gibt immer noch Menschen, für die gerade die bruchlosen Traditionen in diesem Land, wie auch die Zusammenarbeit mit anderen imperialistischen und faschistischen Regimes Grund genug war und ist, für eine Änderung dieser Zustände zu kämpfen. Diese Menschen sind für die Regierenden Störfaktoren. Ralf ist einer von ihnen.

SEINE GESCHICHTE IST AUCH EINE DEUTSCHE GESCHICHTE.

Sie ist kompliziert und muß daher näher erklärt werden. Ralfs Vater ist Holländer. Er wurde nach der Besetzung der Niederlande durch die Wehrmacht nach Deutschland zur Zwangsarbeit verschleppt. Die Arbeitskräfte für die deutsche Wirtschaft wurden aus allen besetzten Gebieten zwangsdeportiert, um die Kriegsproduktion im "Dritten Reich" auf vollen Touren laufen zu lassen — alles für den Sieg des "Großdeutschen Reichs".

Für die holländischen Männer gab es entweder die Möglichkeit zur Zwangsarbeit oder den Beitritt zur germanischen SS. Diese setzte sich aus Männern sogenannter "germanischer Völker" zusammen. Sie war eine Art Hilfstruppe der SS Mannschaften. Da eine Totalverweigerung des Vaters KZ bedeutet hätte, er aber nicht bereit war, mit den Faschisten zu kollaborieren, entschied er sich für die Arbeit.

In Berlin lernte er am Arbeitsplatz Ralfs Mutter kennen, die Deutsche war. Als "Germanen" erhielten sie eine Sondererlaubnis zu heiraten. Durch diese Eheschließung verlor die Mutter nach dem Krieg die deutsche Staatsangehörigkeit.

Als Ralf Reinders 1948 in Berlin geboren wurde, war er automatisch holländischer Staatsbürger. Die Zufälligkeit dieser Staatsbürgerschaft hatte zunächst keine besondere Bedeutung für sein Leben. Er wuchs in Berlin auf und ging hier (also dort; Anm. TATblatt) zur Schule.

Mitte der sechziger Jahre begann sich nach 12 Jahren Nazi-Terror und 20 Jahren anti-kommunistischer Hetze erstmals wieder eine Jugendbewegung auf sozialistische Ideen zu besinnen.

Diese Fakten, vor allem aber die bestehenden Verhältnisse in der BRD brachten Ralf, wie viele andere auch, auf den Weg zum politischen Widerstand.

Die Wut über den Krieg der USA gegen das Volk von Vietnam, die autoritäre Bevormundung in der Schule, die Unterdrückung und Ausbeutung der ArbeiterInnen, die Hetze der Medien und die Gewalt des Staates gegen Andersdenkende — dies alles, und noch mehr, bestimmten die ersten Ziele des Widerstandes. Dabei entwickelten sich unterschiedliche Ansätze des Kampfes. Ralf entschied sich für revolutionäre Politik, die auch die Entwicklung anderer Widerstandsformen einschloß — hin zum bewaffneten Angriff — über Haschrebellen und Tupamaros zur "Bewegung 2.Juni".

Der 2.Juni begriff sich als ein bewaffneter Teil der undogmatischen Linken in der BRD und Westberlin. Er propagierte die Entwicklung des Kampfes aus den Erfahrungen des kapitalistischen Alltags heraus. Er versuchte, den im Ansatz revolutionären Charakter der damaligen Revolte in beispielhafte Aktionen umzusetzen und so die Entwicklung sozialrevolutionärer Macht voranzutreiben. Die Aktionen des 2.Juni richteten sich gegen imperialistische Einrichtungen wie gegen Bullen- und Justizapparat.

Von 1970 bis zu seiner Verhaftung 1975 lebte und kämpfte Ralf Reinders im Untergrund. Wegen verschiedener Stadtguerilla-Aktionen, u.a. der Befreiung von gefangenen GenossInnen im Austausch für den geklauten Berliner CDU Politiker Peter Lorenz, wurde Ralf zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Diese 15 Jahre Häfen, unter verschärften Bedingungen, sind im September 1990 abgessen.

SIE KONNTEN RALFS GESINNUNG UND WIDERSTANDSWILLEN NICHT BRECHEN!

Doch die Rache des Staates endet damit noch lange nicht. Ralf Reinders, der die niederländische Staatsangehörigkeit verlor, weil er eine bürokratische Bestimmung nicht beachtete, soll nun nach dem Willen der Berliner Ausländerbehörde nach Beendigung der Haftzeit in die Niederlande abgeschoben werden.

Ralf Reinders soll ausgewiesen werden aus der Stadt, in der er aufgewachsen ist. Weg von den Menschen, mit denen er gelebt

und gekämpft hat.

RALF IST KEIN EINZELFALL

Auch vielen anderen politischen Gefangenen wurden nach der Entlassung aus dem Häfen die Möglichkeiten, sich frei zu bewegen, eingeschränkt. So wurde z.B. Monika Berberich der Paß verweigert mit der Begründung, sie würde eine Auslandsreise dazu nutzen, das Ansehen der Bundesrepublik im Ausland herabzuwürdigen.

Warum die politischen Gefangenen auch nach der Haft mit einer solchen Härte verfolgt werden, hat die gleichen Gründe, aus denen heraus wir mit ihnen kämpfen wollen. Solange sie nicht "abschwören", besitzen sie etwas, was ihnen keiner und keine nehmen kann.

Ihre stärkste Waffe ist ihre Glaubwürdigkeit.

Sie sind eben auch nach vielen Jahren Häfen noch immer Akteure und AkteurInnen der Revolte, keine BiertischstrategInnen und nicht korrumpiert.

Sie sind lebende ZeugInnen unserer politischen Geschichte, die mit uns verhindern können, daß uns genau die genommen wird.

KEINE ABSCHIEBUNG VON RALF REINDERS! ●



Wir bieten nicht:

- Kochrezepte
- Strickmuster
- Kosmetiktips
- Hungerkuren

*Aber alles
für Dich!*

AUF—Eine Frauenzeitschrift erscheint 4 – 6 mal im Jahr zu Schwerpunkten wie: 3. Welt ● Friede ● Lesben ● Frauen & Macht ● Liebe & Eifersucht ● Gesundheit & Gynäkologie, »1938«, Freundin-Feindin ...

Ich möchte: ein Probeheft ein Abo

Name:

Adresse:

an: **AUF — Eine Frauenzeitschrift**
Postfach 817 · A - 1011 Wien

Nicaragua: FSLN – hin zu einer Kader- und Massenpartei?!

In einem Interview mit ANN stellt Comandante Victor Tirado Lopez, Mitglied der Nationalleitung der FSLN, persönliche Überlegungen über die Zukunft der FSLN und der antiimperialistischen Revolutionen an. Er unterzieht wesentliche ideologische und politische Positionen der Sandinisten während der letzten zehn Jahre einer selbstkritischen Reflexion.

Managua, März
(Agencia Nueva Nicaragua).

ANN: Welchen Standpunkt wird die Arbeit der FSLN nach dem Regierungswechsel haben?

Victor Tirado: Nach dem achtjährigen Krieg, den uns die US-Regierung aufzwingen hat, steht der Aufbau der Wirtschaft an erster Stelle. Unter friedlichen und demokratischen Bedingungen wird in der gemischten Wirtschaft ein Wettstreit zwischen allen gesellschaftlichen Kräften entstehen, von denen die drei wichtigsten um ein Höchstmaß an Einfluß kämpfen werden: die ArbeiterInnen mit ihrer großen Erfahrung in der Kontrolle der Produktionsmittel, wie zum Beispiel in volkseigenen Betrieben (APP), der Staat und die Privatunternehmer.

In die Auseinandersetzung um ein neues System werden alle sozioökonomischen Kräfte eingreifen. Diejenige, die eine höhere Leistungsfähigkeit und Rentabilität entwickelt, wird diese kapitalistische Phase für sich entscheiden. Es wird von der tatsächlichen Stärke jeder dieser Kräfte abhängen, ob es ein rücksichtsloser Kapitalismus sein wird, oder ein Kapitalismus, der soziale Forderungen berücksichtigt. Beim Kampf um den wirtschaftlichen Wiederaufbau spielt auch die Ideologie eine Rolle. Wir brauchen eine Ideologie ohne Sektierertum, die die wichtigsten gesellschaftlichen Kräfte zum Nachdenken bringt.

Durch die Festigung der Demokratie hält die FSLN an den Zielsetzungen der Revolution fest, die mit dem Regierungswechsel nicht zu Ende ist. Wir werden für Souveränität und Selbstbestimmung kämpfen. Zur Überwindung der wirtschaftlichen Unterentwicklung in unserem, zur "Dritten Welt" gehörenden Land, muß die nationale Befreiung mit der nationalen Versöhnung und Einheit aller fortschrittlichen, demokratischen Kräfte Hand in Hand gehen. Die Revolution würde steckenbleiben, wenn es nicht dazu käme, denn es gibt andere Kräfte, die sich der Fortsetzung der Revolution widersetzen.

Wenn wir von der Zukunft sprechen, müssen wir die Erfahrungen der Vergangenheit berücksichtigen. Was ist zum Beispiel die Lehre aus der Wahlniederlage des Sandinismus? Das Volk möchte Frieden, und wir können nicht weiter auf kriegerische Mittel zur Lösung gesellschaftlicher Widersprüche setzen. Hier kam es zur Konfrontation zwischen dem US-Imperialismus und der sandinistischen Revolution.

Schließlich hatte das Volk den Krieg und die Wirtschaftskrise satt.

Der Antiimperialismus ist der Kern des Sandinismus. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, erfordern die Wahlen vom 25. Februar von uns deshalb eine gründliche Analyse der antiimperialistischen Revolution, nicht nur in Nicaragua, sondern auch in anderen Ländern, die diesen Weg eingeschlagen haben. Man muß die antiimperialistischen Revolutionen vor dem Hintergrund der Großoffensive der US-Regierung betrachten, mit der sie die revolutionäre Entwicklung aufhalten will. Als Großmacht, die über vielfältige Mittel verfügt, kann sie sich gegenwärtig durchsetzen.

Wegen der Krise im sozialistischen Lager verfügen wir außerdem über keine Verbündeten mehr, mit denen wir unseren Weg fortsetzen könnten. Deshalb müssen wir unseren Kurs überprüfen. Ich glaube, der Zyklus antiimperialistischer Revolutionen als totale militärische und ökonomische Konfrontation mit dem Imperialismus geht zu Ende. Andere Möglichkeiten müssen gesucht werden. Unterentwickelte Länder wie Äthiopien, Mozambique, Angola, Afghanistan und auch wir können nicht ständig im Krieg leben. Wir können keine Konflikte mehr aushalten, die die Grundlagen der Wirtschaft zerstören. Es muß eine Diskussion einsetzen, die neue Ideen in die revolutionäre Entwicklung einbringt. Das heißt, zu einer Friedenspolitik zu kommen, die schließlich die Koexistenz der Revolution mit den USA ermöglicht.

ANN: Ergibt sich diese Überlegung aus der Einschätzung der letzten zehn Jahre, in denen Nicaragua unter dem Krieg litt?

V.T.: Genau. Der Sandinismus blieb praktisch allein im Kampf gegen die Machtpolitik der USA. Und deshalb denke ich, daß Selbstbestimmung und Souveränität in einer Wahldemokratie und eingebunden in die entwickelten kapitalistischen Länder bewahrt werden können.

ANN: Unterscheidet sich diese Aussage von Aussagen der FSLN vor neun oder zehn Jahren?

V.T.: Ja. Damals hatten wir die Unterstützung des sozialistischen Lagers — hauptsächlich im militärischen Bereich, nicht so sehr für einen umfassenden ökonomischen Neubeginn. Es bestand auch ein starker nationaler Zusammenhalt unter den Jugendlichen, den ArbeiterInnen und der Bauernschaft, der im Lauf der Jahre schwächer wurde. Außerdem haben sich in der Zwischenzeit die internationalen Bedingungen geändert. Mit dem Zerfall

des sozialistischen Lagers und der weltweiten Tendenz zu Abrüstung und Konfliktlösung auf dem Verhandlungsweg schwindet die Unterstützung für den bewaffneten Kampf der nationalen Befreiungsbewegungen.

In Nicaragua führte die Entwicklung der letzten zehn Jahre zur Durchführung von Wahlen mit einer massiven Mobilisierung der Bevölkerung. Es setzte sich tatsächlich die Masse der Bevölkerung für ihre Anliegen in Bewegung. Schließlich entschieden sich 55% für den Frieden und gegen die Souveränität. Heute beinhaltet jede Friedensbewegung, jede Bewegung gegen den thermonuklearen Weltkrieg und gegen die Atomraketen, in der sehr unterschiedliche, friedliebende Kräfte zusammenarbeiten, positive Aspekte.

Wir müssen all dies in Ruhe analysieren, denn ich glaube, daß es für die revolutionäre Bewegung wichtig ist, daß die Frente Sandinista selbstkritisch ihre Fehler und Erfolge einschätzt. Es war kein Fehler, Wahlen abzuhalten. Dies war eine äußerst positive und richtige Entscheidung. Ob wir an der Regierung sind oder nicht — wir dürfen keine Kampfform fürchten, selbst wenn sie von der Bourgeoisie und dem Imperialismus vorgegeben wird. Man muß sie annehmen und zum Positiven wenden. Mit dieser Herangehensweise könnte man die Zukunft auch für andere revolutionäre Bewegungen aufzeigen.

Vor zehn oder zwanzig Jahren wurde die Wahldemokratie von vielen Leuten unterschätzt. Sie akzeptierten nur den bewaffneten Kampf und den Volksaufstand als Weg, um der Bourgeoisie die Macht zu entreissen. Die Zeiten haben sich geändert.

ANN: Also kann man auch nach einer Wahldemokratie um die Macht kämpfen?

V.T.:...und eine Klasse kann die andere durch Verhandlungen von der Macht verdrängen. Aber dafür ist eine sehr starke Volksbewegung notwendig.

ANN: Welche Fehler und Erfolge lassen sich bei einer selbstkritischen Einschätzung der Wahlen aufzeigen?

V.T.: Damit befassen wir uns zur Zeit. Aber wir müssen die letzten zehn Jahre miteinbeziehen. Ich denke, was jetzt geschieht, hätten wir schon 1980/81 tun können. (Tirado bezieht sich hier auf die heute von der FSLN den bürgerlichen Kräften angebotene wirtschaftlich-soziale Konzertation und die nationale Versöhnung; d.Übers.) Aber das müssen wir begründen. Ich glaube nicht, daß wir katastrophale Fehler gemacht haben. Fehler sind fast natürlich bei einer logischen Ent-

wicklung. Wir sehen uns neuen Bedingungen gegenüber, mit denen wir uns auseinandersetzen müssen, um voranzukommen. Möglicherweise werden einige Compañeros moralisch und ideologisch stark erschüttert sein. Doch wir müssen Realisten sein.

ANN: Besteht nicht die Gefahr, daß der Sandinismus innerhalb der nächsten Jahre geschwächt wird?

V.T.: Wir haben ein Zeichen gesetzt, eine Spur hinterlassen, die sich dann nicht verlieren wird, wenn sie ihren Ausdruck in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung findet, unabhängig davon, ob es dieselben Personen wie heute sein werden, die die Revolution fortsetzen. Der Sandinismus wird darum kämpfen, daß diese Spur nicht verwischt, sondern immer tiefer wird.

ANN: Könnten wir noch einmal die Schwerpunkte für die nächste Zukunft her-

vorheben?

V.T.: Außer der Verteidigung der Souveränität interessiert uns Revolutionäre in dieser Phase der Wiederaufbau der Wirtschaft, um die Ausbeutergesellschaft in eine Gesellschaft von Gleichberechtigten umzuwandeln. Für diesen Übergang ist die Entwicklung der Wirtschaft notwendig. Davor darf man innerhalb des Spielraums gemischter Wirtschaft und mit großer Benachteiligung keine Angst haben, denn das gibt uns trotz allem mehr Instrumente in die Hand, einen legalen Regierungswechsel anstreben zu können, und dann eine starke ökonomische Basis zu haben.

Auch die Wirtschaftshilfe, die die neue Regierung in den nächsten Jahren erhält, ist vorteilhaft. Der Imperialismus erkennt nicht, was er mit dieser "Wirtschaftshilfe" fördern wird. Gerade die bewußtesten sozialen Kräfte werden sich in der Zukunft in

besseren wirtschaftlichen, moralischen und ideologischen Umständen befinden, um die Revolution zu festigen.

Deshalb müssen wir jede Art von wirtschaftlichen Maßnahmen anregen. (Die FSLN bietet der U.N.O.-Regierung z.B. ihre Unterstützung bei Verhandlungen für Auslandsfinanzierung und -investitionen an; d. Übers.) Wir führten den Aufstand gegen Somoza an und fanden eine zerstörte Wirtschaft vor. Wir begannen eine anti-imperialistische Revolution und die USA zerstörten unsere materiellen Grundlagen noch mehr. Wir allein konnten sie gegen den Imperialismus nicht wieder herstellen.

ANN: Wird es in der nächsten Zeit eine Erneuerung der FSLN geben?

V.T.: So ist es. Hin zu einer Kader- und Massenpartei. Auf beide Zielsetzungen kann man nur zur gleichen Zeit hinarbeiten. Wir müssen die Strukturen demokratisieren, den neuen Kadern und Verantwortlichen mehr Spielraum einräumen, unter dem Gesichtspunkt eines neuen, weniger vertikalen Organisationsaufbaus. Von daher ist diese Phase sowohl für uns als auch für die weltweite revolutionäre Bewegung, die uns weiterhin beobachten wird, von höchster Bedeutung.

ANN: Ohne Modelle aufzwingen zu wollen?

V.T.: Wir können andere Länder und andere politische Kräfte nicht zwingen, sich nach unseren Erfahrungen zu richten, ohne sie einer Selbstkritik zu unterziehen. Wie sich in den letzten Monaten gezeigt hat, gibt es keine homogene revolutionäre Sichtweise. Jeder interpretiert die Realität nach seinen eigenen Erfahrungen. Ich zum Beispiel glaube, daß der Zyklus der anti-imperialistischen Revolutionen, wie wir sie in den fünfziger Jahren vorgestellt haben, nämlich die Eroberung der Souveränität und Unabhängigkeit, zu Ende ist und andere beginnen. Aber diese Überlegung resultiert daraus, daß wir die direkte Konfrontation mit dem Imperialismus am eigenen Leib erlebt haben.

Ich halte es für wichtig, die antiimperialistischen Revolutionen und ihre Modelle zu analysieren und uns zu fragen, warum sie alle mit dem Zusammenbruch der Wirtschaft endeten, die schließlich der zentrale Aspekt einer jeden Revolution ist. Denn keiner macht eine Revolution, um den Krieg zu forcieren, sondern um wirtschaftliche Verbesserungen zu erzielen. Das haben wir nicht erreicht.

Deshalb meine ich, daß man gegenwärtig nicht mehr anstreben kann als ein Zusammenleben mit dem Imperialismus, auch wenn es schmerzvoll ist und es uns viel Überwindung kostet, dies zuzugeben. Das heißt, gute Beziehungen zu den USA zu unterhalten, damit wir uns entwickeln können. Auf alle Fälle ändert sich nicht das Ziel der Menschheit. Aber wir können Zeitabschnitte überspringen. Das zeigen uns die Wahlen in Nicaragua und das ist die Lehre, die wir daraus ziehen müssen. ●

"Ein Diktator in Österreich"

StudentInnen der Republik Elfenbeinküste im Clinch mit ihrem Botschafter in Wien.

(Initiativgruppe für Mitbestimmungsrecht, TATblatt Wien)

DIE VORGESCHICHTE:

1988 stieg die Anzahl der StudentInnen aus Cote d'Ivoire in Österreich unerwartet an. Wie alle ausländischen StudentInnen mußten auch sie den Nachweis der Echtheit ihrer Maturazeugnisse erbringen. Dazu, und um umgekehrt die Gleichstellung von österreichischen Diplomen mit französischen in ihrem Heimatland voranzutreiben, wandten sich die StudentInnen an den Botschafter der Elfenbeinküste in Wien. Ohne Erfolg. Ein Jahr darauf versuchte man/frau direkt mit der Regierung der Elfenbeinküste in Kontakt zu kommen. Ohne Erfolg. Noch 1989 veranstaltete man/frau daher eine Demonstration vor der Botschaft, um auf die mißliche Lage hinzuweisen. Ein Beobachter, von der Regierung nach Wien entsandt, konnte weder zwischen StudentInnen und Botschafter vermitteln, noch erfuhr sein Bericht an die Regierung eine Antwort. Heuer verweigert nun der Botschafter die Verlängerung der abgelaufenen Reisepässe der StudentInnen.

DIE SITUATION IM LAND:

Gerade jetzt, wo auch in Afrika der Wind der Mitbestimmung weht, sind auch in Cote d'Ivoire seit einigen Monaten die Unis und Hochschulen gesperrt, weil auch die StudentInnen für ein Mehrparteiensy-

stem eintreten. Die Kluft zwischen arm und reich wird größer, Korruption in jeder Form steht an der Tagesordnung. Nachdem die Regierung zur Sanierung der Wirtschaft die Löhne gekürzt hat, sind Streiks alltägliche Ereignisse geworden. DemonstrantInnen werden gefoltert und ohne Prozeß inhaftiert. Die Regierung weigert sich, Reformen durchzuführen.

DAS EREIGNIS:

Am 11. April entschied sich daher die "Initiativgruppe für das Mitbestimmungsrecht" dafür, einen Sitzstreik in der Botschaft durchzuführen. Die Gruppe wurde vorerst von Sicherheitsbeamten zum Weggehen aufgefordert, dann aber von 15 bis 20 Beamten der Alarmabteilung unsanft auf die Straße befördert. Eine Besetzerin erlitt Verletzungen am Kopf, eine Klage wegen Körperverletzung wurde gegen den amts handelnden Alarmi eingebracht. (Viel Glück!) Verlängert wurden die Reisepässe der StudentInnen keineswegs, dafür hält nun ein Polizeibeamter die Stellung vor der Botschaft, um am Sitzstreik beteiligt gewesenen Personen den Eintritt zu verwehren.

"Wie kann man einen Diktator und Tyrannen in einem demokratischen Land schützen?", fragt sich nun die "Initiativgruppe", will aber keineswegs nachgeben, und bereitet eine weitere Demonstration zur Botschaft vor:

25.4.1990, 14 Uhr, vom NIG zur Botschaft in der Alser Str. ●

E. Z. Nowak und Söhne

Hoppala

Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des *MATHIAS N.*

Was bisher geschah:

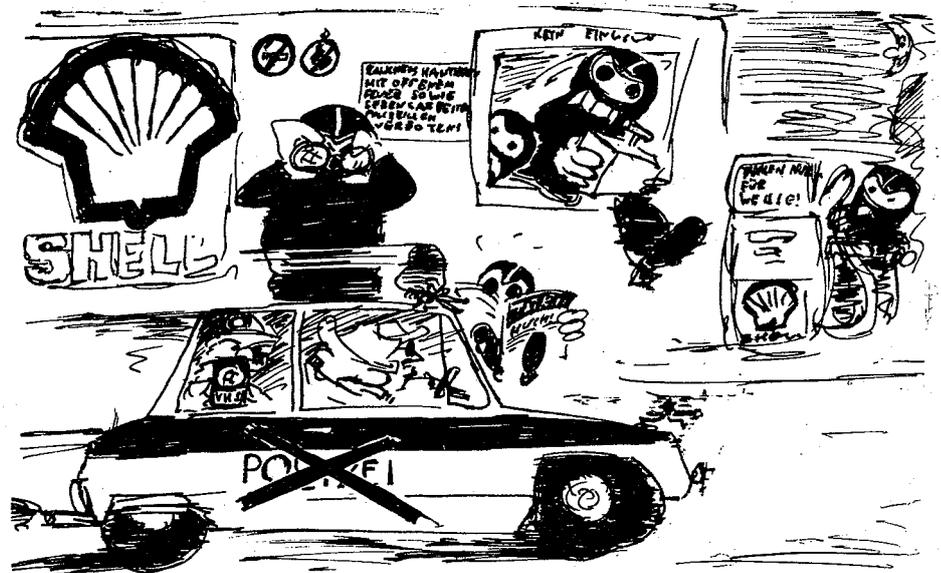
Am 17. April 1990 wurde der erst wenige Tage zuvor viel zu früh verstorbene Südtiroler Luis Trenker unter der ergreifenden Anteilnahme tausender Festgäste aus Berg und Tal zu Grabe getragen. Doch die konspirative prärevolutionäre Zelle des Mathias N. und seiner GenossInnen zeigt sich davon überaus unbeeindruckt. Sie streben vielmehr nach neuen Taten. Nach Taten, die den Vergleich mit den bisherigen Aktionen — der Beanschlagung des »Schweinekonzerns«, wie sie ihn nannten, den Straßensperren, den Flummis, den Schloßzukeberein, den gefälschten Behördenbriefen usw. usf. (aber das wissen wir wohl alle inzwischen zur Genüge, schließlich sind wir heute schon bei Folge 13 angelangt; viele Grüße an dieser Stelle auch an J. R. Ewing, Sinhá Moça und Hugo Portisch) — nicht zu scheuen brauchen. Warum sollte denn auch eine prärevolutionäre Aktion den Vergleich mit einer anderen scheuen?

Wie auch immer: Was immer sie tun, das wachsame Auge des Gesetzes ist auf sie geworfen. Weder Mathias N. noch seine FreundInnen haben die Observationen, denen sie ausgesetzt sind, bislang bemerkt. Hat ihr letztes Stündchen geschlagen oder wird es selbige in baldiger Zukunft tun? Lesen Sie selbst, in der, im Gedenken an Luis T. benannten,

Folge 13: Der Berg ruft

»Wer ruft denn da?« fragt Mathias den am Fenster stehenden und das Treiben auf der Straße beobachtenden Konrad. Dieser zuckt aber nur mit den Achseln. Isabella die gerade in der Nähe gestanden ist, macht die notwendigen vier Schritte zum Fenster, um einen Blick hinauswerfen zu können und antwortet sodenn: »Es ist der Berg. Der Alfred Berg.« — »Welcher Alfred Berg?« fragt Mathias. — »Der ehemalige Trafikant von der Stadtbahnstation vorn.« antwortet Isabella. »Von der ehemaligen Stadtbahnstation«, präzisiert Konrad, der heute irgendwie mißgelaunt scheint, mit dem beherrschenden Blick eines Magistratsbeamten. »Er ist schon über ein Jahr vor der Umbenennung von der Stadtbahn in U-Bahn in die Pension gangen. Grad wie die ganze Gürtellinie über'n Sommer wegen Umbauarbeiten alser ganzer eingestellt gwesen ist.« belehrt Isabella Konrad, der dies widerwillig, mit einem knappen »Aso!«, zur Kenntnis nimmt, mit dem er aber eigentlich ohnehin nur sein Desinteresse zu verbergen sucht, obgleich sein Blick alles verrät, oder eigentlich nur *fast* alles. Genau genommen eigentlich gar nichts, wie Mathias für sich, leise resignierend, feststellt. Dabei hätte er es ganz gerne gewußt, was los ist, schon einmal aus Neugierde. Da er aber aus irgendwelchen Gründen nicht so recht nachfragen will, erkundigt er sich nur mit gelangweiltem Blick, warum dieser ehemalige Trafikant dieser ehemaligen Stadtbahnstation, ganz egal, ob diese bei seiner Pensionierung nun in Betrieb gewesen ist, oder nicht, warum also dieser Berg so ruft. »Weil er fett ist«, antwortet Konrad, der den betrunkenen Ex-Trafikanten mit seinen Blicken weiterverfolgt, und Isabella erzählt: »Der is allerweil bsoffen. Des is er schon seit er in Pension is. Vielleicht war er a scho früher so, und es is nur ned auffallen. Oder der Pensionsschock,... Auf alle Fälle is er irrsinnig unguad, wenn er so beinand is, wie jetzt.«

Die GenossInnen — Mathias, Isabella,



SELBSTHILFE ZUM SCHUTZ VOR OBSERVATIONEN:
ACHTET STETS GEWISSENHAFT AUF VERDÄCHTIG
ANMUTENDE FAHRZEUGE IN EURER NÄHE

Konrad, Anna und Horst, mehr sind sie derzeit nicht in ihrer Gruppe — sitzen im »Wohnzimmer« von Isabellas Garçoniere. In ihrer Mitte liegt ein Leib Brot nebst Butter, Käse, und Besteck, und stehen zwei Kannen und fünf Häferln. In einer der Kannen ist heißes Wasser, und sonst nichts, weil Isabella erst vor fünf Minuten feststellte, daß sie keinen Tee mehr zu Hause hat. In der anderen Kanne ist fertig zubereiteter Nicaragua-Kaffee, den sie alle noch rasch vor der Machtübernahme der U.N.O. wegrinken wollen, weil sie nicht wissen, ob sie mit dem Kaffeekauf nun irgendwelche sandinistischen oder sonstwie fortschrittlichen Kollektive oder den nica-

raguanischen Staat unterstützen. Ein extra für dieses gemeinsame Frühstück besorgtes Fladenbrot ist Mathias bereits in der vorigen Folge auf den nassen Gehsteig gefallen. Die FreundInnen rühren den Kaffee in ihren Tassen um, das heiße Wasser bleibt unangestastet. »Ich dachte, du magst keinen Zucker?« fragt Mathias Konrad. Dieser blickt auf den in seiner Hand den Kaffee rührenden Löffel an und erschrickt leicht. Halb verärgert, halb fragend, stößt er ein kleines »Scheisse« aus. »Kenn ich«, tröstet Mathias, und blickt verständnisvoll. Die anderen verstehen nichts.

Während des Essens und Trinkens plaudern die FreundInnen nur so vor sich

hin — über Gott, Berg, Marx, sie selbst und die Welt. Ausgerechnet Konrad sagt aber die ganze Zeit über kein Wort, weshalb sich Mathias, nachdem er die letzten Schlücke seines Kaffees ausgetrunken hat, ein Herz faßt und Konrad nach der Uhrzeit fragt. »Halb elf schon!« antwortet dieser mit ungeahnter Selbstverständlichkeit. Mathias fühlt sich mißverstanden, meint dann aber doch: »Schau ma dann halt, daß ma weiterkommen. Mir müssen de Wochen noch die Revolution vorantreiben.« — »Sichst! I hab ja gwußt, daß i nowas vorgahbt hab«, antwortet Horst, haltet kurz inne und meint dann, der geteilten Reaktionen seiner GenossInnen angesichtig geworden, mit um Entschuldigung heischendem Gesichtsausdruck: »Alt aber gut, oder net?«

»Guat, also ein paar Punkte stehen wieder einmal fest«, faßt Isabella nach einer guten dreiviertel Stunde den bisherigen Verlauf der, nach dem Frühstück begonnenen, Diskussion zusammen. »Erstens: mir sollten was tun; zweitens: mir könnten was tun; drittens: mir wollen was tun, viertens: mir san irrsinnig spät dran, noch was zu tun. Den internationalen Aktionstag schaff ma sicherlich nimmermehr. Fünftens: mir haben auch noch nichtmal eine Idee, was ma tun könnten.« — »Genau!«, antwortet Anna, »Aber an diesem internationalen Aktionstag wird vielleicht, oder sag ma mal hoffentlich, ohnehin was passieren, und mir könnten dann halt nachsetzen, zu einem Zeitpunkt, wo die pigs (zu deutsch: Schweine; Anm TATblatt) nimmermehr so genau aufpassen, weil se ned schon in hunderttausend Ankündigungen gelesen haben, daß jetzt weltweiter Anti-Shell-Aktionstag ist.« Einige nicken. Konrad sagt »Ja«, und Mathias blättert in dem »Radikal«, das er vor zwei Monaten im *Infoladen Wien* gekauft hat. Er hätte es freilich auch über das TATblatt-Büro schriftlich bestellen können, aber mit schriftlichen Bestellungen von bestimmten Sachen hat er ein nicht unbegründet schlechtes Gefühl. »Bleibt nur mehr offen, was wir tun wollen,« leitet Mathias nun zu dem über, was er eigentlich sagen will, »und da hätten wir mal, also da könnten wir, also:«, er blättert im »Radikal« und greift hiebei ein paar Vorschläge heraus, »Türschlösser zukleben,...« — »hätten wir doch schon mal« — »dann vielleicht: Tanksfelle besprühen....« — »Naja, wenn uns nix besseres einfällt« — »Benzinschläuche durchsägen....« — auf diesen Vorschlag sagte keineR etwas, sie schauen sich nur alle stumm, geheimnisvoll, ja verschwörerisch, an. »Zapfpistolen fladern, Wasser in Tankstellentanks einfüllen, Zapfsäulen kaputtmachen, Scheiben einschlagen, Tankstelle in Brand setzen,...« — »Klingt irgendwie gefährlich?« unterbricht nun Horst den, ohnehin am Ende seiner Vorschlagsliste angelangten, Mathias. »Wie wär's mit einer Flugzeugentführung«, meldet sich Anna zu Wort, »oder eine Satellitenbesetzung« ergänzt Konrad, der damit das längst fällige Thema

der Weltraumforschung ins Spiel bringt. »Bitte!« stöhnt Mathias und verdreht die Augen. Er möchte endlich einmal wieder sinnvoll über verschiedenen Aktionsformen sprechen, und Strategien bequatschen um von dem »ätzenden«, wie er sagt, von-Aktion-zu-Aktion-hanteln wegzukommen. Er blättert weiter im »Radikal«, holt dann Luft, um verbal auszuholen und ein paar grundsätzliche Gedanken anzureissen...

Es ist sechzehn Uhr vierundzwanzig, wie zuerst Mathias und Horst, dann Anna, und schließlich Isabella und Konrad das Haus verlassen. Sie alle wissen genau, was sie nun tun wollen, wohin sie ihre Wege führen werden. Ganz im Gegensatz zu diesen beiden Männern, die am Ende der Straße in ihrem weißen dreckigen Opel sitzen und noch gar nichts, bald aber schon ziemlich viel, wissen werden. Sie melden über ihr Funkgerät erst das Verlassen Mathias' und Horst's, dann das Weggehen von Anna, und schließlich auch das Erscheinen von Isabella und Konrad auf der Straße. Während die Meldungen über Mathias, Horst und Anna nur einfach zur Kenntnis genommen wurden, und auch das alleinige Auftauchen Konrads nicht viel mehr Reaktionen hervorgerufen hätte, löst die Nachricht vom Erscheinen Isabellas eine Kette von Maßnahmen aus. Isabella merkt von alledem nichts. Ihre GenossInnen ebenso wenig.

So entsteigen aus zwei in nahegelegenen Straßen abgestellten Fahrzeugen insgesamt drei Personen, zwei Männer und eine Frau. Die drei Leute sehen alle nicht sonderlich auffällig aus. So wie hunderttausende andere Personen auch, die da die Straßen bevölkern, die Isabella tageintagaus begegnen. Ohne daß es irgendeiner merken würde, nehmen die BeamtInnen die Verfolgung von Isabella und Konrad auf. Damit sie dies auch wirklich unbemerkt tun können, gehen sie dabei nach einem ausgeklügelten Prinzip vor, welches sich jahrelang bestens bewährt hat, trotzdem aber freilich immer weiter entwickelt wird, so gut es halt geht.

Die drei Personen verfolgen Isabella, und mit ihr Konrad, in einem gewissen Abstand, der, je nachdem, wieviel andere Leute sich auf der Straße befinden, variiert wird. Auf alle Fälle bleiben sie immer in Sichtkontakt. Untereinander sind die drei mit Kleinstfunkgeräten miteinander verbunden, die nahezu unbemerkt getragen werden können. Im auffälligsten Fall sind sie als Walkman getarnt. Das *Kehlkopfmikrofon* kann ganz unscheinbar am Hals mit einem Pflaster oder unter einem Schal angebracht werden. Ebenso lassen sich kleine Mikrofone unter der Kleidung unschwer verstecken.

Auch die Beamten im weißen Opel sind nun in Bewegung geraten. Sie folgen den VerfolgerInnen in einer Parallelstraße, behalten den Funkkontakt und obendrein den Überblick.

So wie sich ihnen die Sache darstellt

bewegen sich die BeamtInnen in einer Reihe in *A-, B- und C-Position*. Die Person in A-Position hält Kontakt zu der »Zielperson«, zu Isabella. Dieser Person folgt in Sichtweite die Beamtin in B-Position. Die C-Position befindet sich parallel dazu auf der anderen Straßenseite. Diese Anordnung ermöglicht für die C-Position eine gute Gesamtübersicht, sodaß vorausschauend taktische Hinweise an die A-Position gegeben werden können. Außerdem kann bei einem Wechsel der Straßenseite die Zielperson unauffällig durch die C-Position übernommen werden. Biegt die Zielperson um eine Ecke, so übernimmt die B-Position den Kontakt, der Beamte in A-Position geht weiter gerade aus und schließt sich dann von hinten der Reihe an. Bleibt Isabella stehen, so überholt sie der Beamte in A-Position, und die Beamtin in B-Position übernimmt den Kontakt. Der vorausgeeilte Beamte läßt sich dann »überrollen« und schließt sich am Ende der Reihe wieder an. Bei einem abrupten Richtungswechsel der Zielperson übernimmt die C-Position den Kontakt, die anderen bilden das Ende der Reihe.

Wesentliches Merkmal einer guten Observation ist, daß sich die ObservantInnen niemals so, wie die Zielperson verhalten. Bei besonders wichtigen Zielpersonen wird mit zwei bis drei Dreiergruppen observiert. Die Gruppen nehmen dann die oben beschriebene Position wie die Mitglieder einer Gruppe ein.

Die ObservantInnen verfolgen Isabella und Konrad knapp zwanzig Minuten, bis sie sie schließlich beim Betreten eines Beisls beobachten. Da es sich dabei um alles andere als ein »Szene-Beisl« handelt, kann ihnen einer der BeamtInnen ungefährdet folgen. Dieser Beamte geht sodann von der sogenannten »Bewegungsobservation« zur sogenannten »Innenobservation« über. Die Innenobservation soll dazu dienen, das Handeln der Zielperson im Gebäude, eine mögliche Kontaktaufnahme mit anderen Personen, die dann unter Umständen fotografiert werden müssen, zu überwachen. Der Zeitpunkt des Eintretens in das Gebäude — im gegenständlichen Fall: das Beisl —, sowie die Wahl des eigenen Platzes muß so bestimmt werden, daß ein späterer Platzwechsel vermieden wird. Die Zielperson soll also beim Eintreten schon sitzen. Der Innenobservant wird zuerst nur ein kaltes Getränk bestellen und hat für alle Fälle Kleingeld in genügender Menge eingesteckt. Bei der Fortsetzung der Bewegungsobservation ist der Innenobservant, um ein Wiedersehen zu vermeiden, nur noch im Hintergrund einsatzfähig.

Die anderen ObservantInnen bilden inzwischen zur Sicherung der Ausgänge eine sogenannte »Glocke«. Sie übernehmen Positionen, die es ihnen gestatten, alle Ausgänge zu beobachten, und, wenn notwendig, den Kontakt zur heraustretenden Zielperson wieder herzustellen.

• Fortsetzung folgt.

Betrifft: Georg hält's Maul

Ihr Idioten!

Was soll das sein? Eine Aktenkritik anstelle von neu im Kino? Oder was? Der erste Artikel war ja schon schlicht falsch, der zweite einen Scheiß von "korrekt"!!

Es beginnt damit, daß Georg nix zu den Vorwürfen sagen kann, da er "nur der Polizei geholfen hätte, ihre Story glaubwürdiger zu gestalten". Das ist alles, was euch dazu einfällt? sonst nix?

Wie wärs damit: Georg hat dem Richter nix zu sagen, weil er sich nicht vor der Klassenjustiz zu verantworten hat, weil deren Gesetze nix mit Recht und Unrecht zu tun haben, nicht die seinen sind!?

Zweitens: Nicht Smoliner schlägt Georg bei der Verhaftung, ihr könnt nicht einmal lesen!

Dafür ist euer Ton sehr salopp, die doofen Bullen können nicht bis drei zählen (1 Dose geworfen, 2 bei Georg gefunden sind wohl drei; Bravo), dafür sind sie "Supersheriffs", "Secret Agents", etc. ha ha ha.

Wie kommt ihr eigentlich zum Akt? War es abgequatscht, daß ihr ihn zitiert? Habt ihr darüber nachgedacht, wer euren Scheiß dann ausbaden kann?

Was richtig relevant ist, leider aber nicht im Bullenakt steht, daß bringt ihr nicht: Daß

Georg nämlich von einem motorisierten Greiftrupp gemeiert worden ist. Das heißt, zwei Bullen-Benz fahren mit Vollgas Leuten nach, bis sie sie zwischen sich haben, dann bremsen sie sich ein, jeder auf einer Kreuzung, so daß die Leute dazwischen nirgends hinrennen können. Rausspringen mit Visier herunter, und reindreschen, und wer liegen bleibt, der wird verhaftet. Gar nicht so blöd von denen, und auch gar nicht so lustig. Schon mal erlebt, IHR ARSCHLÖCHER?

Jemand, der schon lange kein Abo zum kündigen mehr hat! ●

Wir Idioten!

Der Artikel "Georg hält's Maul..." hat einiges an Wirbel bei uns ausgelöst. Nach mehreren recht langen und sehr solidarisch und konkret geführten Diskussionen müssen wir der Ehrlichkeit halber sagen, daß wir Mist gebaut haben!

An den Beiträgen zu Georg wurde im wesentlichen folgendes kritisiert:

- Das alleinige "Zerpflücken" des Akts erweckt bei den LeserInnen den Eindruck, der Justiz wäre im Falle Georgs ein "Irrtum" unterlaufen und jetzt müßten wir alles unternehmen, um den Armen aus seiner unverschuldete mißlichen Lage zu befreien. Eine solche Art der "Berichterstattung" sei aber entpolitisiert, da die Frage von "Schuld" oder "Unschuld" im juristischen Sinn des bürgerlichen "Rechtsstaates" keinesfalls jenes Moment sein kann, an dem wir als Linke unser Verhältnis zu Gefangenen bestimmen.

- Die Solidarität mit Gefangenen hängt im wesentlichen mit ihrem Selbstverständnis und mit den grundsätzlichen Ursachen ihrer Haft zusammen: Das der bürgerliche "Rechtsstaat" eben Menschen einsperrt, die sich in Opposition zu ihm stellen, ob das jetzt Totalverweigerer sind, antifaschistische Demonstrantinnen, Menschen, die koordiniert oder individuell solidarische Maßnahmen gegen die extreme Verschärfung der Lebensbedingungen ergreifen wollen (von Fladern und Schwarzfahren über kleine Versicherungsbeitragsereien bis zu koordiniertem Plündern von Supermärkten) oder solche, die militant Teile des Herrschafts- und Unterdrückungsapparates angreifen. Genau das haben wir aber nie geschrieben, obwohl gerade im Falle des Wlaschek-Konzerns (Billa, Merkur, Bipa,...) mit seinen Unmengen von zwangsweisen Gratis-Arbeitsstunden und den auch ansonsten katastrophalen Arbeitsbedingungen solches mehr als einfach zu argumentieren gewesen wäre.

- Als besonders schlimm wurde der "saloppe Ton" empfunden, mit dem offensichtliche Unwahrheiten der Polizei beschrieben wurden ("So etwas kenne ich sonst aus Zeitungen wie dem Spiegel oder dem Profil"). Dieser Ton unterstützt erstens jene hierzulande weitverbreitete Schutzmeinung, wonach die österreichische Polizei eigentlich nur ein unfähiger Haufen von kriegspielenden Halbhirnen sei und es hierzulande ohnehin nicht so schlimm wäre, wie in der BRD (was schlicht und einfach falsch ist) und macht zweitens jene, die, jeweils auf ihre Art und mit ihren Mitteln, Widerstand leisten, zu unpersönlichen Wesen, mit denen nur gehandelt wird,

die aber niemals persönlich handeln; deren Widerstand es nicht einmal Wert ist, zu erwähnen; von dem abgelenkt werden soll!

- Die Hauptkritik entzündete sich jedoch an der Art und Weise, wie der Artikel zustande gekommen war. Ohne gemeinsame Diskussion, ja überhaupt ohne Kontaktaufnahme mit der Rechtshilfe.

Die Situation der Rechtshilfe ist bescheiden: Zum einen gibt es eine ganz allgemein formulierte Erwartung, das es die Rechtshilfe gibt; als Dienstleistung! Das Verhältnis zur Rechtshilfe ist abhängig von der Betroffenheit der jeweiligen Person. In der Regel findet mensch es gut, daß es etwas wie die Rechtshilfe gibt, hat aber selbst keine Lust, sich an der Arbeit oder der notwendigen Diskussion zu beteiligen. Im Notfall soll sie aber spüren.....

Im konkreten Fall wurden im TATblatt (eher phragmentarisch) mögliche Ansätze politischer Prozeßführung abgedruckt, ohne daß die SchreiberInnen zuvor diese — hier zu Lande ganz am Anfang stehende — Diskussion mit den Menschen geführt hätten, die da die ganze Arbeit machen. Eben unter dem Motto: "Gut das die hackeln. Jetzt kommen wir". Im TATblatt wurde etwas als mehr oder minder fertiges Ergebnis einer Diskussion präsentiert, was zuvor nicht im geringsten Anlaß einer solchen war.

- Kritisiert wurde auch noch der Artikel über den Veranstaltungsversuch der "Initiative Neue Linke", namentlich unser im Namen der Rechtshilfe gemachter Aufruf, Gedächtnisprotokolle zu schreiben und diese an uns zu senden. Gemeinsam mit den auf der Nebenseite abgedruckten Auszügen aus eben solchen Protokollen entstünde, meinten die KritikerInnen, der Eindruck, wir forderten die Leute auf, Protokolle zu schicken, die wir dann abdrucken wollten. Die Rechtshilfe gibt aber NIE Gedächtnisprotokolle aus der Hand, schon gar nicht zum Abdrucken. Konkret wäre unsere Aktion eine Desavouierung der Arbeit der Rechtshilfe. Zwar wäre klar, daß das TATblatt mit eventuell zugesandten Protokollen keinen Scheiß bauen würden (der Abdruck von Protokollteilen in TATblatt -72 geschah mit Wissen der ProtokollantInnen) aber ein solches Vorgehen könnte ja Schule machen; etwa wenn der Falter dazu aufriefe, Protokolle an ihn zu senden.

Wir glauben, daß die Kritik berechtigt ist! Ihr ist nur wenig hinzuzufügen.

- Der "saloppe Ton" ist Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit gegenüber der steten Verschärfung der Repression unsererseits.

Diese Ratlosigkeit ist nur mittels Diskussion über Repression, ihre politische Bedeutung und Auswirkung bringen wollten, auch nicht wirklich geschrieben: Daß die so genannten "reformfreudigen" Polizisten wie Smoliner und Czech nichts mit "menschlichem" Polizeiapparat oder so zu tun haben (weil es den gar nicht geben kann!), sondern nur eine Effektivierung desselben herbeiführen wollen. Der Charakter der Polizei und ihrer Aufgaben wird nicht besser, wenn sie in Zukunft per Knüppel "nur" die Muskelpartien des Oberkörpers malträtieren, und nicht mehr die Geschlechtsteile. Die Polizei ist und bleibt ein Apparat zur Durchsetzung kapitalistischer Verwertungslogik: Eigentum, Profit, Arbeitszwang, Auslese nach Verwertbarkeit,..... eben Terror.

- In unserem Artikel fehlen wesentliche Schlußfolgerungen. So haben wir z.B. nie geschrieben, daß Smoliner persönlich Georg verprügelt hätte. Wir haben aber das, was wir zum Ausdruck bringen wollten, auch nicht wirklich geschrieben: Daß die so genannten "reformfreudigen" Polizisten wie Smoliner und Czech nichts mit "menschlichem" Polizeiapparat oder so zu tun haben (weil es den gar nicht geben kann!), sondern nur eine Effektivierung desselben herbeiführen wollen. Der Charakter der Polizei und ihrer Aufgaben wird nicht besser, wenn sie in Zukunft per Knüppel "nur" die Muskelpartien des Oberkörpers malträtieren, und nicht mehr die Geschlechtsteile. Die Polizei ist und bleibt ein Apparat zur Durchsetzung kapitalistischer Verwertungslogik: Eigentum, Profit, Arbeitszwang, Auslese nach Verwertbarkeit,..... eben Terror.

- Ebenso haben wir es verabsäumt, unser Verhältnis zu Gefangenen wie unter 1.) zu beschreiben. Ein Artikel über "Billa" ist seit geraumer Zeit geplant, bislang aber wegen Überlastung nicht zustande gekommen. Den Artikel hätte aber auch jede und jeder andere außerhalb der Redaktion schreiben können. Beteiligt euch ruhig an unserer Arbeit!!!

- Unser Verhältnis zu Aussageverweigerung ist eben jenes, daß wir in der letzten Ausgabe beschrieben haben. Jede Aussage bei Polizei und Justiz dient nur der Repression, sollte also verweigert werden (das ist letztlich auch eine Frage der Vorbereitung, des Vertrauens und der daraus resultierenden psychischen Kraft einer Person). Daß wir uns vor der Klassenjustiz nicht rechtfertigen müssen, ist klar. Als Argument erscheint uns das allerdings eher als inhaltlicher Überbau, der Selbstschutz bzw der Schutz von GenossInnen als existenzieller Unterbau.

Dennoch: Das Ziel des Häfens ist es, Menschen zu brechen. Das Bewußtsein, eine klare Grenze zu ziehen zwischen denen, die Menschen brechen wollen, und uns, ist das beste (und wohl einzige) Rezept gegen die menschenverachtende Häfenpraxis. Aussageverweigerung wird jedenfalls einer unserer zukünftigen Schwerpunkte sein.

Opernball 1990

(Einschätzung einer autonomen Gruppe aus West-Berlin)

Zunächst einmal sei bemerkt, daß dieses Papier nur von wenigen von uns stammt, da wir uns nicht darauf einig werden konnten, für wen und warum, und außerdem einige befürchteten, eine Einschätzung von außerhalb käme einer Bevormundung gleich. Deshalb werden wir kurz versuchen, das wiederzugeben, woran wir uns erinnern, daß es uns vor und während des Opernballes aufgefallen ist.

Konspirativität

die Idee, sich vorher zu treffen, um eventuellen Vorkontrollen etwas entgegen zu setzen, fanden wir gut. Auch ist es richtig, diesen Treffpunkt so geheim wie möglich zu halten.

Wir waren allerdings ziemlich erstaunt, daß an dem verabredeten Treffpunkt kaum Leute waren. Als aber die Handvoll sich dann – bis an die Scheitel verummmt – auf dem Fußweg und unter Beachtung der Verkehrsampeln zum Schwarzenbergplatz begaben, waren wir ziemlich erstaunt. Glaubte jemand, auf diese Weise unauffällig zu sein?

die Demo

war soweit okay, aber viel zu kurz. Erst auf einer längeren Route kann eine Demo ein Zusammengehörigkeitsgefühl und ein Gefühl der Stärke entwickeln. Das fehlte völlig. Nach der Ankunft in der Kärntner Straße zerfiel die Demo auch sogleich wieder in Kleinstgrüppchen und Einzelpersonen und wurde "Opfer" des "Runden Tisches". Wo war zu dieser Zeit der schwarze Block? Hatte es nicht eine Vereinbarung darüber gegeben, daß dieser zusammenbleiben und geschlossen weiter vorgehen wollte?!

Und: wo blieben die Leute, die unterwegs die "Argumente" ausgraben wollten? Stimmt es, daß sie erst an Ort und Stelle feststellten, daß diese einbetoniert waren? (Ein wichtiges Detail, das sich schon vorher auskundschaften läßt)

Laberei am "Runden Tisch"

der "Runde Tisch" zog mit seinem unerträglichen Gelaber viel zuviel Energie und Aufmerksamkeit der Demo auf sich. Es hätte an dem Beschluß festgehalten werden sollen, ihn zum Schweigen zu bringen, wenn es sich so entwickelt. Es geht nicht an, daß direkt nebenan in der Akademiegasse die ersten Faschos gesichtet werden und die Leute bei der Kundgebung "Nazis raus" schreien und es dabei belassen. Der Einfluß eines Lautsprecherwagens auf die Leute ist nicht zu unterschätzen, und wenn sie wie gelähmt vor ihm stehen bleiben, während hinter ihren Rücken sich die Faschisten sammeln, dann ist da grundsätzlich etwas schief gegangen!

die Zwischendemo zur Operngasse

fanden wir gut. Allerdings leben solche Zwischendemos von einer gewissen Schnelligkeit. Für eine ausgiebige Diskussion "wer macht die erste Reihe" ist dann keine Zeit. (Woher habt ihr nur diese Paranoia?)

Mit einer entschlossenen Demo und ein paar Steinen wäre ein Durchbruch zur Oper durchaus möglich gewesen. Gut, Steine waren Mangelware. Aber trotzdem: warum blieb die Demo 10 Meter vor den Absperrun-

gen stehen und hat es nicht wenigsten versucht? Es fiel uns auf, daß nach Auflösung der Zwischendemo in der Operngasse kaum noch organisierte (Klein)Gruppen zu sehen waren. Das Bild der Straße wurde bestimmt durch die "Unorganisierten" und damit durch Panik- und Panneaktionen. Wo waren die Autonomen/Anarchos/as?

das Ziel

Ja, was war denn noch das Ziel? Uns kam es vor, als wäre der Opernball als Ziel in Vergessenheit geraten. Ihn zu verhindern oder wenigstens zu behindern hätte ein Ziel sein können. Der "Runde Tisch" kann nicht das geplante Ziel gewesen sein. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, wenigstens diejenigen BallbesucherInnen, die seelenruhig und ungestört mitten durch die Demo der

schützt, Stellung halten) machte es möglich, daß die Bullen vorrückten und es zum Chaos kam. Ähnliches wiederholte sich immer wieder. Bis dann ziemlich schnell nur noch "Katz und Maus" angesagt war. Unorganisiertes Schaulustigentum bestimmte das Bild.

Antifa

tut not! Ein solch massives und offensives Auftreten der Faschisten ist kein Zufall und kein Problem allein des Opernballes. Die übrigen 364 Tage und Nächte des Jahres gibt es sie auch und sie stellen immer und in steigendem Maße, wenn sie sich unbeobachtet fühlen, eine Gefahr für alle dar, die nicht in ihr braunes Weltbild passen.

Es fiel uns auf, daß die ausländischen GenossInnen sehr viel bestimmter gegen die Faschisten vorgingen als andere. Offenbar



Oper entgegenströmten (wir waren überrascht, daß es so viele waren) durch irgendwelche (Fun)Aktionen zu irritieren/stören/zum Umweg/zum Umdrehen zu zwingen. Jedenfalls: nur rumstehen und darauf warten, daß die Bullen losschlagen, das kann's nicht sein.

Entschlossenheit

mit etwas mehr von derselben hätte der Abend ganz anders verlaufen können. Immer wieder kam es zu Situationen, bei denen entschlossenes Auftreten den Verlauf entscheidend verändert hätte. So zB. als die Faschos in die Kneipe flüchteten. Da standen die Bullen unschlüssig auf der anderen Seite des Gehweges und erst das Zurückweichen der Leute (peinlicher Weise allen voran die Leute mit den Helmen, von denen eigentlich zu erwarten wäre, daß sie, da am besten ge-

haben sie als eine der betroffenen Gruppen die Gefahr, die von der Erstarkung der faschistischen Gruppierungen ausgeht, und die Notwendigkeit der Gegenwehr besser erkannt.

Jedenfalls ist es eine ungünstige Position, erst dann mit der Organisation der Antifa zu beginnen, wenn die Faschisten sich die Straße zurückerobert haben. Das heißt nur zu reagieren! Es ist aber wichtig, schon die Anfänge abzuwehren. Und das heißt, genau jetzt aktiv zu werden.

Rechtshilfe

finden wir gut und wichtig! Aber als wir um 2 Uhr nachts bei der Rechtshilfe anriefen, weil wir Leute vermißten, war niemand mehr dort. Uns wurde gesagt, wir sollen es am nächsten Tag zwischen 15 und 18 Uhr wieder versuchen. Das fanden wir bemerkenswert.

LeserInnenbriefe, Reaktionen,...

Denn: wann, wenn nicht irgendwann in der Nacht, werden die Leute, deren Festnahme keine R mitbekommen hat, als vermutlich festgenommen vermutet? Ein paar Stunden Biertrinken, FreundInnen getroffen, weiten Heimweg gehabt, weil letzte Bahn verpaßt, usw. gestehen wir jeder/m zu. Zu früh anrufen heißt, den Leuten am Telefon möglicherweise unnötig Arbeit zu machen. Wenn aber um diese Uhrzeit die Rechtshilfe schon nach Hause gegangen ist, finden wir das nicht sehr verantwortungsvoll.

Glücklicherweise tauchten unsere "Vermißten" noch in dieser Nacht wieder auf.

die Aktion mit dem Störsender im Bullenfunk

fanden wir bärenstark und nachahmenswert! Gratulation zu der Idee!

Wahrscheinlich fehlt noch einiges und es klingt auch eher negativ - sorry!

Vielleicht hilft es euch trotzdem weiter. Wir wünschen euch viel Glück beim nächsten Opernball! ●



Zeitschrift für ein **HERRSCHAFTS-**
freies, selbstbestimmtes Leben
Hinter der der schönen Aussicht 11,
6000 Frankfurt 1, Tel. 069 - 296335

Wir versuchen jeglicher Herrschaft ein Leben in Lust und Freiheit entgegenzusetzen. Wir, Frauen und Männer, begreifen uns den feministischen, bzw. anarchistischen und autonomen Bewegungen nahestehend oder sind darin aktiv. Wir meinen, daß wir und diese Bewegungen sowohl in der Theorie als auch in unserem alltäglichen Leben viel voneinander lernen können.

Dazu soll die AFZ Informationen, Gedanken und Gefühle an Menschen, die sich angesprochen fühlen, vermitteln und Mut machen, sich selbstbewußt für eine freie Gesellschaft einzusetzen. Hauptbezugspunkt wird für uns das Rhein-Main-Gebiet sein, da wir hier leben und Kontakte zu verschiedenen Menschen und Gruppen haben bzw. suchen wollen.

Die AFZ soll ca. alle drei Monate erscheinen und kostet 5.-DM (+ 0,80 DM Porto für ein Probeexemplar). Wer sie direkt von uns als **ABO** haben möchte, überweise 20.-DM für 5 Ausgaben auf folgendes **KONTO**:
T.Schupp, Postgirokonto Frankfurt
560973 - 607, BLZ 500 100 60. WiederverkäuferInnen erhalten ab drei Exemplaren 30% Rabatt.

Bloßer Schein...

Ist ja recht lieb von euch, daß ihr den offenen Brief der HOSI-Wien an den Verfassungsgerichtshof fast ungekürzt abgedruckt habt. Genauso toll finde ich den Artikel über den, den Werbeparagraphen §220 StGB betreffenden Prozeß, der am 21.3.1990 in der Volksstimme erschienen ist. In anderen Blättern tauchen Schwule ja ohnedies nur als kinderschändende Perverse auf, während die leider ja berechtigten Forderungen der Lesben- und Schwulenbewegung einfach ignoriert werden.

Doch irgendwie befürchte ich halt, daß auch eure "redaktionelle" Freundlichkeit den Lesben und Schwulen gegenüber bloßer Schein ist und bestenfalls dazu dient, sich nicht mit der Situation Homosexueller Männer und Frauen in Österreich auseinandersetzen zu müssen. Erfahrungsgemäß bleibt es ja bei ein, zwei hübschen und freundlichen Artikeln, doch wenn es dann darum geht, die Lesben- und Schwulenbewegung tatkräftig zu unterstützen, ist von den sonst so progressiven und revolutionären Kräften nichts zu sehen.

Sind sie etwa MitgliederInnen bei den Homosexuellen Initiativen? Unterstützen sie womöglich die Bewegung finanziell oder arbeiten sie gar an schwul/lesbischen Projekten mit?

Sind sie bei Aktionen des Rosa Wirbels oder bei Demos dabei? Kommen sie zu einem Infostand, um den dort stehenden Lesben und Schwulen gegen alte Nazis und Skinheads zu helfen? Nein, da trifft mensch sie nicht, die fortschrittlichen Kräfte; da hört sich die Solidarität mit den Minderheiten schon wieder auf. Ist ja längst nicht so medienwirksam wie eine Randalie während des Opernballs.

Und so stellen sich halt die HOSIs als Häufchen engagierter Aufrechter dar, die nicht aufgeben wollen. Die finanzielle Solidarität kommt auch nur von ein paar Schwulen und Lesben, die es sich gerichtet haben und damit ihr schlechtes Gewissen beruhigen wollen, und wenn mensch drei oder vier Leute findet, die sich trauen, eine Aktion auf die Beine zu stellen, dann darf schon applaudiert werden. Und wenn sie nicht an AIDS aussterben, dann werden sie auch noch in hundert Jahren noch alleine weiterkämpfen. Oder?

M.C. — ein heterosexueller TATblatt-Leser aus Traun

PS: Trotzdem alles Gute für euer Zeitungsprojekt!

Kurz und von uns:

Stimmt. Auch uns erscheint unser (Nicht-)Umgehen mit dem gesamten Themenbereich "Sexualität — Patriarchat" als Ausweichen vor der tatsächlichen Auseinandersetzung mit uns, unserem Verhalten untereinander und nach "außen". Das schlägt sich natürlich im Zeitungsinhalt nieder.

Das aber anhand der finanziellen Beteiligung zu messen, ist absurd. Was willst du? Den zehnten Teil meiner Arbeitslosenunterstützung?

In deinem berechtigten Ärger über die Ignoranz vieler, die sich radikale Linke nennen, wirst du auch mehr als ungerecht, wenn du die Demonstration gegen den Opernball mit dem Opernball selbst vertauschst: der Opernball ist das Medienereignis — nicht der Widerstand gegen Faschismus, AusländerInnenfeindlichkeit oder "Sicherheitspolizei"gesetz (mit welchem erstmals seit 1945 wieder die planmäßige polizeiliche Erfassung von Lesben und Schwulen explizit legalisiert wird).

Ich bin sicher, daß du das nicht so gemeint hast, aber: Manche deiner Worte unterscheiden sich nur wenig von jenen, mit denen von Kurier bis Peter Pilz versucht wird, sogenannte Minderheiten gegen einander auszuspielen. Denn gerade seit der letzten Demonstration gegen den Opernball

kann mensch nicht mehr daran vorbeigehen, daß Faschismus nicht "Minderheiten", sondern die absolute Mehrheit bedroht. Den Schutz vor den Überfällen der Skinheads, der VorzeigebürgerInnen und der Polizei werden Lesben wie heterosexuelle Frauen, Schwule, AusländerInnen, Punx, Behinderte, alle Linken, die meinen, in dieser Aufzählung noch nicht erwähnt worden zu sein, usw....nur gemeinsam organisieren können....

O.K., alles, was im TATblatt bislang an Information über den Kampf der Lesben und Schwulen gegen Diskriminierung gestanden ist, ist uns mehr oder minder "zugetragen" worden. Darum selbstständig gekümmert haben wir uns erst einmal (Berichte über "Initiative Neue Linke" in TATblatt -77). Das soll sich schleunigst ändern.

Trotzdem wollen wir am Schluß noch einmal darauf hinweisen, daß wir in erster Linie nicht ÜBER etwas berichten, sondern jenen, die Widerstand leisten, den zur Vermittlung ihrer Inhalte und Verbreitung ihrer Informationen notwendigen Raum zur Verfügung stellen wollen.

Danke noch für deine Glückwünsche.Liebe und Kraft.....●

Diskussion: Antizionismus

Stellungnahme der TATblattredaktion zur Diskussion um das Interview der autonomen Palästina-Gruppe mit Karam Khella in TATblatt minus 73 und 74:

Zu allererst einmal: Es ist zum skizophren werden.

Die Diskussion innerhalb der Linken soll geführt werden — wir, das TATblatt-Kollektiv, wollen dafür den Raum zur Verfügung stellen. Eine Absicht, die allgemein auf Zustimmung stößt...solange, ja solange,.....bis tatsächlich kontroversielle Beiträge abgedruckt werden. Dann kommts: 'Ich bestelle mein TATblatt-Abo wegen diesen oder jenem Artikel ab'.

Argumentiert wird da gleich gar nicht! Ein Phänomen, daß wir schon einmal, anlässlich des plötzlichen Ablebens des allseits beliebten Vorstandsvorsitzenden der karitativen Organisation "Deutsche Bank", zu beschreiben versucht haben.

Diskussionen gibt es in Österreich bestenfalls um die Frage, ob die Ereignisse des 4.10.1986 ein Putsch (damals kam es beim grünalternativen Landeskongreß in Wien zur Spaltung in die Grüne Alternative — Liste Freda Meissner-Blau und die Grünalternative demokratische Liste; Anm) in Wiender "Realos" oder ein notwendiger Akt politischer Stabilisierung waren. Und da SiegerInnen jene sind, die Geschichte schreiben, ist selbst das Ergebnis dieser Diskussion längst programmiert.

Unter Diskussion verstehen wir aber Austausch von Argumenten ohne vorherige Festlegung des Ergebnisses. In Diskussionen werden Behauptungen aufgestellt, verworfen, belegt, gerechtfertigt,...

In Diskussionen innerhalb der Linken gibt es, unserer Meinung nach auch noch ein Ziel: Wie können wir eine Gesellschaftsform, die nicht die unsere ist, möglichst schnell überwinden, eine solidarische, antipatriarchale, eine lebenswerte Welt schaffen.

Nur wer sich im Besitz der wahrhaftigsten Wahrheit weiß, braucht da nicht mehr zu argumentieren. Und, wir schränken unseren Vorsatz ein, auf die "Diskussion" verzichten auch wir gerne.....

O.K. jetzt 'mal zum Karam Khella-Interview.

Anfang Dezember erhielten wir zum ersten mal die Kassette des Interviews. Es sollte zum Jahrestag des Beginns der Intifada erscheinen. Abtippen usw dauerte aber viel länger, als zuerst erwartet. Irgendwann im Jänner lag dann das Abgetippte vor. Wir waren etwas erstaunt: Da wurden Dinge ohne Beleg in den Raum gestellt, etwa, daß Antisemitismus ein europäisches Phänomen sei. In Diskussionen mit der Palästina-Gruppe vereinbarten wir, daß die von uns kritisierten Passagen mittels "Kästen" belegt werden.

Die später abgedruckten Texte entsprechen nicht unseren Vorstellungen (aber das ist eine andere Geschichte von Unlust beim Plenum und rapide näherkommenden Produktionssterminen). Und obwohl wir den Abdruck des Interviews zuerst eher als Abstopfen einer Altlast betrachteten, sind wir jetzt der Meinung, daß es Ausgangspunkt einer Diskussion über Verdrängtes sein kann: Nicht nur über das Verhältnis der Linken zu Israel, sondern auch darüber, was eigentlich

Faschismus ist.

Das Verteilen von Zensuren samt weisen Lehrsätzen ist aber wenig produktiv. Wir sind auch bereit, uns in die Nesseln zu setzen und nehmen daher auch inhaltlich Stellung:

Unsere Position zu Israel bestimmen wir sicher nicht über die Tatsache, daß in Israel JüdInnen leben, sondern über die Geschichte Israels. Diese Geschichte ist eine des Terrors gegen PalästinenserInnen, eine der Vertreibung hunderttausender Menschen aus ihrem Lebensraum, der Zerstörung einer gesamten Gesellschaftsstruktur. Jeglicher Versuch, Die "Gründung" Israels als fortschrittliches Projekt linker SozialistInnen darzustellen, muß als Mythos entlarvt werden. Oder,....eigentlich entlarvt die heutige israelische Regierung diesen Mythos von selbst: Alle entscheidenden politischen Positionen Israels sind heute mit Menschen besetzt, die den Terror, der 1948 der Vertreibung der PalästinenserInnen vorausgegangen ist, nicht nur als "Hintermänner" organisiert, sondern auch tatsächlich durchgeführt haben. Mag schon sein, daß Ben Gurion mitunter wohlklingende Erklärungen abgegeben hatte. Im entscheidenden Augenblick zögerte er jedoch nicht, seine Macht (und die der "Arbeiterpartei") auch auf jene Gebiete auszudehnen, aus denen die PalästinenserInnen zuvor mittels Terror vertrieben worden waren.

Abgesehen davon, daß wir nicht den geringsten Grund sehen, auch nur irgendeinen Staat dieser Erde mit "Existenzberechtigungen" auszustatten, finden wir in der relativ kurzen Geschichte Israels nur Gründe, diesen Staat zu bekämpfen! Wer Waren aus Israel kauft, dort seinen/ihren Urlaub verbringt etc., unterstützt den Terror gegen die palästinensische Bevölkerung.

Angesichts oben kürzest zusammengefasster Argumente gegen Israel erscheinen uns Diskussionen über die Nationalität Menschen jüdischen Glaubens (bzw. Menschen, deren Eltern oder Großeltern jüdischen Glaubens waren) ehrlich gesagt als überflüssig.

Die Behauptung, daß Antisemitismus ein europäisches Phänomen ist, steht noch völlig ungeklärt im Raum. Weder hat es die Palästina-Gruppe für nötig befunden, diese Behauptung zu erklären, noch können uns die Ausführungen der MLPÖ überzeugen. Daß die syrische Führung mit Nazis zusammenarbeitet und Gadaffis Glückwünsche an Waldheim sind da wenig aussagekräftig. Das Herrschende ALLES tun, was ihrer Machterhaltung zuträglich ist, ist logisch (schließlich bildet und bildet der israelische Geheimdienst faschistische Armeen und Todeschwadronen in Lateinamerika aus und hat dabei auch jahrzehntelang mit Klaus Barbie zusammengearbeitet). Das gleiche gilt für den Großmufti von Jerusalem. Aus dem Verhalten der Mächtigen Rückschlüsse auf eine allgemeine Stimmung in der Bevölkerung zu ziehen, halten wir für unseriös. Gerade im speziellen Fall: Sämtliche Regimes des arabischen Raums stehen im permanenten

Dauerkrieg gegen die "eigene" Bevölkerung. Darüber hinaus war auch die Diskrepanz zwischen offen rassistischer Propaganda der reaktionären arabischen Regimes ("...die Juden ins Meer treiben") und deren Untätigkeit bezüglich des Leids des palästinensischen Volkes (bzw., die offene Bekämpfung der PalästinenserInnen; etwa im "schwarzen September") wesentlicher Anstoß zur Gründung fortschrittlicher Organisationen wie der Fatah (in dem Fall bezieht sich fortschrittlich auf die Gründungszeit) oder der PFLP, die eine klar antirassistische Politik verfolgen (diese Entwicklung ist etwa bei Leila Khaled nachzulesen). Die ungeheure Verankerung der fortschrittlichen Gruppen in der palästinensischen Bevölkerung (nicht zufällig begann die Intifada am Jahrestag der Gründung der PFLP) ist doch zumindest ein deutlicher Beweis, daß die weitaus überwiegende Mehrzahl der PalästinenserInnen nicht judenfeindliche Positionen vertritt.

Den europäischen Programmen oder auch den heute hier üblichen allgemeinen Hetze gegen Menschen jüdischen Glaubens (bzw Menschen, deren Eltern oder Großeltern jüdischen Glaubens waren) vergleichbare "Ereignisse" im außereuropäischen Bereich sind uns nicht bekannt (was allerdings auch noch nichts heißt).

Als wenig hilfreich in dieser Frage haben sich die Textpassagen bezüglich der "Judenfrage" in TATblatt -74 (ausgesucht von der Palästina-Gruppe) erwiesen. Die "Funktion der Juden als Geldmensch" als Ursache der Judenfeindlichkeit im Mittelalter darzustellen, ist peinlich ahistorisch. Die Zahl der jüdischen Geldverleiher war in Relation zur Gesamtzahl der Menschen jüdischen Glaubens winzig. Und schließlich reicht es nicht aus, mit einer ziemlich platten Imperialismusanalyse zu "beweisen", daß Verfolgung Menschen jüdischen Glaubens früher und heute nichts mit einander zu tun haben, außer halt, daß die Menschen, die dann übrig bleiben, eben ganz gleich verletzt oder tot sind. Wie fließend doch der Übergang von Judenverfolgung unter Bedingung einer "ursprünglichen Akkumulation" und selbiger im Imperialismus ist, beweist doch allein die Tatsache, daß die Anfang dieses Jahrhunderts vor Pogromen westwärts flüchtenden Menschen jüdischen Glaubens im kapitalistisch weitgehend entwickelten Österreich mit enormen Haß empfangen wurden, der — auch — den Boden für das Nazi-Regime bereitete.

Der Übergang ist ebenso fließend wie jener der geschichtlichen Epochen überhaupt: Um auf Überreste feudalistischer Strukturen zu stoßen bedarf es keines Blickes in Länder der sog. "3.Welt", nicht einmal bis nach Rumänien. Große Teile des kulturellen und ökonomischen Lebens im nördlichen Waldviertel spielt sich in de facto den gleichen gesellschaftlichen Strukturen ab, wie vor 100 Jahren. Gleichzeitig nehmen Vertreter österreichischer Banken an G-15 Verhandlungen der 15 bedeutendsten Industrieländer dieser Erde teil.

Was wir damit sagen wollen: Über

4 Punkte

1) Das i in Leserinnen ist absichtlich klein. Zunächst will ich mich der Kritik des Revobräuhofs an der geschlechtsneutralen Schreibweise anschließen. Diese kotzt mich nämlich schon seit langem an, weil sie reale Machtverhältnisse und Arbeits"teilung" eher verschleiern als aufdeckt. "KapitalistInnen" ist ein gutes Beispiel. Oder auch "PolizistInnen" oder "FaschistInnen". Diese Begriffe sind aber nur die Spitze des Eisbergs. Patriarchale Arbeits"teilung" ist systemerhaltend. Es ist eben kein Zufall, daß Bullen Typen sind, genausowenig wie Putzfrauen (heute auch RaumpflegerInnen genannt) Frauen sind. Wir brauchen die Ideologie der Gleichheit, die in anderen Bereichen (z. B. Justiz) durchaus als Wirklichkeitsverschleiern erkannt und entlarvt wird, hier nicht übernehmen. Es gibt keine Geschlechtsneutralität im Kapitalismus. Mit der geschlechtsneutralen Schreibweise wird der Zusammenhang von Geschlechts- und Klassenzugehörigkeit negiert (mal ganz abgesehen davon, daß von Klassen bei euch ohnehin nie die Rede ist).

Zur Erinnerung: Frauen leisten weltweit zwei Drittel aller Arbeitsstunden, erhalten ein Zehntel des Welteinkommens und besitzen weniger als 1% des Eigentums.

Ein Beispiel aus der autonomen Szene: Rechtshilfe/Betreuung von Gefangenen wird vorwiegend von Frauen gemacht. Bei der Besetzung des U-Richterbüros mit dem Ziel, eine Besuchserlaubnis für Georg durchzusetzen, waren 12 Frauen und 3 Typen beteiligt.

Zur Produktion einer Zeitung ergeben sich auch eine Reihe von Fragen zur Arbeits"teilung": z.B. wer hat den Durchblick beim Computer, d.h. letztendlich wer kontrolliert die Produktionsmittel?

Die geschlechtsneutrale Schreibweise liegt in der patriarchalen Tendenz, weibliche Erfahrungen als solche zu negieren und unsichtbar zu machen.

Mittlerweile ist es gesetzlich vorgeschrieben, daß Stellen geschlechtsneutral ausgeschrieben werden müssen, und in Wirklichkeit vergrößert sich die Einkommensschere zwischen Männern und Frauen deutlich. Ihr

Die Missionare der autonomen Palästina-Gruppe

Mit lediglich einer neuen Sprachregelung ist weder der Geschichte des Palästina-Konflikts noch dessen Lösung gedient. Es ist unerheblich, ob erklärt wird, daß es Rassen eigentlich gar nicht gibt — nur um in der Folge verschiedene Gruppen schlicht als »jüdischen Glaubens«, »außereuropäisch« und »weiß« zu etikettieren.

Solange Menschen sich selbst und andere mittels anerzogener Religion, Hautfarbe, Geschlecht, sexueller Orientierung oder Wohnort als zugehörig definieren, leisten sie im Normalfall der gewöhnlichen Kategorisierung Vorschub. Und die bringt: Ignoranz, Vorurteile und Chauvinismus.

Die Lösung des Problems wird wohl mit einer neuen Eigendefinition der Kontrahenten beginnen müssen. Es geht schließlich nicht nur um die Situation einer Menschengruppe namens Palästinenser.

werdet doch nicht auf diesen Karrierefrauen-schmähe reinfallen. Selbst große stinkreaktionäre Zeitungen wie z. B. Wochenpresse befließen sich bereits teilweise der geschlechtsneutralen Schreibweise.

Wenn ich mich recht erinnere, hat's damit begonnen, daß Frauenzusammenhänge angefangen haben, Begriffe weiblich zu definieren, um die real existierende Geschlechterdifferenz benennen zu können und nicht wegen der bürgerlichen Werte "Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit".

2) Was ich ja sehr vermisse, ist, daß ihr mal zu was Stellung bezieht (ja jetzt kommt wieder mal der Liberalismuskritik). Da ist zunächst die Sache mit dem Karam Khella-Interview. Zuerst bringt ihr es monatelang nicht, obwohl es fertig und ausgemacht war, mit der Begründung, ihr hättet inhaltliche Bedenken. Dann erscheint es, ihr gebt einen lapidaren Antisemitismusvorwurf ab, der nullo begründet wird. In der nächsten Nummer gibt's dann 'ne Kritik, aber nicht vom Tatblatt, sondern von der MLPÖ. Im Anschluß daran hat der Tipper Bauchweh und weiß gar nicht, ob's jetzt richtig war, das K.K.-Interview abzudrucken, aber "es war ja ausgemacht".

Also habt ihr jetzt eine Position, oder hängt die davon ab, mit wem ihr gerade redet? Wollt ihr's allen recht machen?

Dito die Sache mit der Diskussionsreihe über Strategien usw. innerhalb der Linken. Ihr wollt 'ne Diskussion und die findet nicht statt, weil keine Beiträge einlangen. Also bitte, das kann doch nur ein Witz sein. Wenn ihr 'ne Diskussion über was bestimmtes wollt, dann schreibt doch was und stellt es zur Diskussion.

In diesem Zusammenhang hätt ich denn doch gerne 'ne inhaltliche Begründung, warum ihr diese Revobräu-Sache nicht gebracht habt.

3) Jetzt einiges zur MLPÖ-Kritik an Karam Khella. Also ich hab da jetzt keinerlei Text von ihm vor mir, also wie ich ihn verstanden hab, und was ich richtig finde. Mich interessiert daher auch keine Kritik von der Art: "Aber das hat er doch dort und dort so oder so anders gesagt/geschrieben, als du schreibst" (für Szene-Insider: vergl. die Art und Weise wie die Vergewaltigungsdebatte voriges Jahr geführt wurde)

a) Kann ich mich nicht erinnern, daß K.Khella je gesagt hätte, daß die arabischen Staaten eine fortschrittliche antiimperialistische Rolle spielen. Aber es gibt da dennoch einige Unterschiede zu Israel und das läßt sich nicht auf dieser quasi-moralischen Ebene besprechen. Israel ist in der momentanen Phase das Hauptbollwerk des Imperialismus in der arabischen Welt. Es ist ein Siedlerstaat, ein Kolonialstaat, dessen Ideologie es ist, daß ein auserwähltes Volk zur Herrschaft auserkoren ist. Es ist ein künstliches Gebilde, das direkt von den imperialistischen Staaten geschaffen wurde und nur durch deren massive Unterstützung lebensfähig ist. Durch seine Existenz verwandelt es Klassengesetze in Konflikte zwischen "Nationen"/"Rassen". Dadurch wird es auch zu einem der Haupthindernisse für revolutionäre Entwicklungen in den

arabischen Staaten.

b) Meiner Meinung nach ist der Satz "Antisemitismus ist ein ausschließlich europäisches Phänomen", historisch gemeint, bezieht sich auf die Entstehungsgeschichte des Antisemitismus. Und der ist in Europa und nicht in der arabischen Welt entstanden. Ist doch lächerlich, schließlich haben die europäischen Mächte nahezu die ganze Welt kolonialisiert. Daß es in den arabischen Staaten Widersprüche gibt, durch die der Antisemitismus auch dort "greifen" kann, ist eine andere Sache (siehe auch a)). Wenn hier etwas demagogisch ist, dann die Verwendung des Zitats von Herrn Gaddaffi.

c) Ich möcht mal echt wissen, was das für 'ne Erklärung oder Argument sein soll, daß schon die Bolschewiki erkannt haben, daß es eine jüdische Nation gibt. Autoritätenscheiß!

4) Zu der Frage warum die Begriffe "Nationalsozialismus" und "Antisemitismus" unter Führungszeichen geschrieben wurden (vergl. Kasten; K.Khella-Interview, Teil 2): Es ist ein mieser und dummer Untergriff zu unterstellen, diese Begriffe stünden unter Führungszeichen, weil die AutorInnen meinen würden, sie wären eine Erfindung der Zionisten.

Zu "Antisemitismus":

Semiten ist eigentlich eine Sprachbezeichnung. Aus den alten semitischen Sprachen sind sowohl das Hebräische als auch das Arabische entstanden.

Zu "Nationalsozialismus":

NS ist ein realitätsverschleiernder Begriff, den sich die Faschisten selbst gegeben haben. Am NS war nichts sozialistisch und im totalen Krieg schützte die Soldaten ihre heilige Nationalität auch nicht vor dem Krepieren.

5) Zum Abschluß möcht ich noch einige Kritikpunkte an K.K. anbringen, die sich auf Äußerungen von ihm in diversen Diskussionen beziehen:

Da ist zunächst einmal die Behauptung, es hätte keinen nennenswerten jüdischen Widerstand gegen die Nationalsozialisten gegeben. Das ist schlicht und einfach falsch. Es gab sehr wohl auch jüdische (nicht-zionistische) WiderstandskämpferInnen, auch im bewaffneten Widerstand z.B. die M.O.I. in Frankreich (bewaffnete Einheiten der in der KP organisierten Arbeitsemigranten, die meisten dieser "Ausländer" waren Juden), aber auch in Osteuropa (dazu ausführlich: Ingrid Strobl, Sag'nie, du gehst deinen letzten Weg", Frauen im bewaffneten Widerstand gegen Faschismus und deutsche Besatzung).

Das zweite ist K.K.'s Haltung zu der Frage "was ist Antimperialismus hier in den Metropolen?" Er meint nämlich, Antimperialismus hier bestünde aus Aufklärungsarbeit über die Peripherie in Zusammenarbeit mit liberalen Kreisen und nicht aus "sozialen" Kämpfen hier. Er meint auch, daß "soziale" Kämpfe wie z.B. der um die Hafenstraße nichts mit Antimperialismus zu tun hätten, weil diese egoistisch auf sich selbst bezogen geführt werden, es sozusagen nur um die Sicherung des eigenen Wohnraumes geht. **Das halte ich für falsch.**

PS: Wut tut gut. Für mehr inhaltlichen Streit unter den Autonomen! ●

Antizionismus...

Kein Sympathisant

Ich habe keine Sympathien für die Zionisten und für "Israel". Meine Sympathie in der Palästinafrage gilt dem palästinensischen Volk und seinem Kampf gegen Ausbeutung und Unterdrückung.

Rein gefühlsmäßig würde ich daher gern mit jenen auf einer Seite stehen, die bedingungslose Solidarität mit Palästina und Kampf gegen den Zionismus und sein Gebilde Israel fordern. Doch sie machen es mir nicht leicht. Denn der Euro-Chauvinismus sitzt zwar in den Köpfen der Linken, aber man kann ihn daraus nur mit einer richtigen Darstellung der Wirklichkeit verdrängen. Aber die laufende Diskussion läßt auf allen Seiten richtige Schlüsse aus einer Analyse der Situation vermissen.

Das Interview mit Karam Khella provoziert eine Reihe von Fragen, die man vernünftig diskutieren sollte, um daraus auch praktische Schlußfolgerungen für die Palästina-Solidarität ziehen zu können.

So wäre zu fragen, warum denn eigentlich seiner Meinung nach gerade das Interesse der Imperialisten am arabischen Raum so groß ist, warum gerade für die "Beherrschung der Arabischen Region und nicht für andere territoriale Gebiete" (Khella in TB-74, S 15) wie etwa Südamerika ein solches Projekt notwendig war?

Oder wieso der Kapitalismus für den Kampf gegen die Russische Oktoberrevolution Israel "brauchte" (Khella in TB-73, S 15)? War vielleicht die "Arabische Region" unmittelbar in Gefahr, eine sozialistische Revolution zu erleben?

Warum wird eigentlich die arabische Region großgeschrieben und was soll sie eigentlich sein — ein zukünftiges Arabisches Reich? Mir scheint hier einiges auf einen billigen Ersatz des Eurochauvinismus der österreichischen Diskutanten durch einen arabischen Zentralismus hinzudeuten. Ich möchte dies aber nicht unterstellen, sondern zur Diskussion stellen, siehe oben.

Unterstellen möchte ich allerdings, daß die/der Sympathisantin X. M. (TB-73, S 17) mit gar nichts sympathisiert. Erstens nicht mit der Palästina-Solidarität: Sonst hätte sie/er aus einem Versuch einer Diskussion von Perspektiven nicht einen Gelehrtenstreit um "falsche Standpunkte" gemacht. Zweitens nicht mit den Unabhängigkeitsbestrebungen in vielen arabischen Ländern und mit den Befreiungsbewegungen: Sonst wären nicht "die arabischen Staaten allesamt vom Imperialismus abhängige reaktionäre, halbfeudalistische Staaten" (was immer das sein mag). Drittens nicht mit dem kämpfenden palästinensischen Volk: Woher käme denn die besondere Bedeutung des Befreiungskampfes der Palästinenser, wenn es in den arabischen Ländern "unabhängig von speziellen Zügen ... keinerlei prinzipielle Unterschiede zum Staat Israel" gibt? Viertens aber auch nicht mit der MLPÖ: Sonst hätte sie/er diese aus dem Spiel gelassen bei dem peinlichen Bemühen, eine jüdische Nation zu konstruieren. Denn abgesehen von der völkischen Begrifflichkeit, die dort ihr Unwesen treibt ("Ostjudentum", "Judenfrage") ist auch so ziemlich alles verhaft, was hier von den "Klassikern" zusammen-

getragen wurde.

Liest man den Antrag der Duma-Fraktion, so ist er eindeutig formuliert: Er verlangt die Aufhebung der Beschränkungen der Rechte der Juden, darüber hinaus überhaupt die Aufhebung aller Beschränkungen, die mit der Abstammung verbunden sind (was andere Gruppen und nicht die Juden angeht) und schließlich auch der Beschränkungen, die mit der Zugehörigkeit zu irgendeiner Nation verbunden sind. Was sehr wohl mit der Situation der unterdrückten Nationalitäten im zaristischen Rußland zu tun hat, aber gar nichts mit den Menschen jüdischen Glaubens.

Der einzig richtige Ansatzpunkt des Artikels, nämlich den Kastenartikel über die "Judenfrage" (TB-74, S 15) als falsch und zynisch darzustellen, wird leider auch noch verdorben. Denn mit Antisemitismus hat dieser Artikel sicher gar nichts im Sinn. Eher schon mit einem mechanisch-ökonomistischen Verständnis der Wirklichkeit, das dann wie schon so oft in der Geschichte der Arbeiterbewegung unmenschlich wird, wo es um die konkrete Wirklichkeit geht.

Die "Reaktion der autonomen Palästina-Gruppe" trägt auch nur teilweise zu einer Klärung der Probleme bei. Sie hebt richtig hervor, daß in Österreich bisher Antizionismus immer wieder mit Antisemitismus gleichgesetzt wurde — auch und gerade von "linken" Gruppen. Auch der Vorwurf des Eurochauvinismus sitzt. Eine Diskussion über die Legende von der Kollektivschuld, die gerade von der MLPÖ immer wieder behauptet wird, wäre sicherlich auch nützlich für eine bessere Entwicklung der Solidaritätsarbeit.

Gleichzeitig wird jedoch in wichtigen Fragen eher Verwirrung gestiftet. Ich war bis jetzt immer der Meinung, daß der Faschismus eine Herrschaftsform der Kapitalistenklasse sei, die sie dann verwendet, wenn die "normale" Ausbeutung unter bürgerlich-demokratischen Verhältnissen nicht mehr reibungslos und billig genug funktioniert. "Rassismus" halte ich für einen dubiosen Begriff, der häufig auftretende ideologische Begleiterscheinungen faschistischen Terrors nur sehr unzureichend umschreibt. "Rassismus erzeugt Faschismus" ist mir neu. Ist es nicht vielmehr umgekehrt? Der "Zionismus hat mit dem Nazismus" (wieder so ein dubioser Begriff) keineswegs die Rassenlehre und die daraus abgeleitete Logik gemeinsam, sondern nur die Herkunft aus der Kapitalistenideologie. Der Zionismus spricht nicht von jüdischer "Rasse", sondern vom jüdischen "Volk", zu dem er alle Menschen jüdischen Glaubens zählt. Und wenn der "Arier-Staat" eine Lehre hinterlassen hat, dann in erster Linie diese: "Nie wieder Faschismus und nie wieder Krieg". Die verniedlichte Form "Nie wieder rassistische Staaten" spricht eigentlich traurig genug für sich selbst. In diesem Sinne würde ich meinen: Die Fronten sind nicht klar, die Barrikaden stehen zwischen uns, bevor jede/r sich einreißt, sollte man wissen, wer wo wie hingehört und warum.

Roland K. ●

1. MAI 1990:

Fest gegen Stadtteilerstörung, Mietenwucher und AusländerInnenfeindlichkeit ab 14 Uhr im Einsiedlerpark in Wien 5

(veranstaltet von Stadtteilgruppe Margareten, Rotstülchen und TATblatt)

es musizieren:

StGB 246, B.O.R.B., Helmuth Heiland, Dobratsch Absturz Kapelle, außerdem gibts kurdische und türkische Folklore, Country-Musik, Zehengeher (Akrobatik), eine Kindergruppe, Infostände, was gutes zum Essen, und was zum Trinken. u.v.a.m.

Die Grenzen verlaufen nicht zwischen den Völkern, sondern zwischen oben und unten!

Stadtteilerstörung

Wohnungen sind hierzulande nicht dazu da, Menschen ein gutes zu Hause zu bieten, sondern um damit Geld zu machen. Deshalb stehen Wohnungen leer und nur deshalb wird meist saniert oder modernisiert. Wer's noch immer nicht glauben will, schaue sich in der Leopoldstadt (2. Bezirk) um, wo im Zuge von Vorbereitungen zur Expo '95 das Geschäft nach Auskunft eines Immobilienmaklers "nur noch für die ganz Großen" zu machen sei. Spekulation und Mietwucher feiern fröhliche Urständ', und das in ganz Wien! Überall werden menschenverachtende Betonburgen aus dem Boden gestampft, alte Häuser geschliffen, um Beton- und Glastürmen für Banken und Versicherungen Platz zu machen. Einkommensschwächere werden in die letzten Löcher am Stadtrand vertrieben. Eine Yuppie-Wohnkultur macht sich breit, die Stadt wird für den Tourismus gerüstet.

Quadratisch, praktisch, gut! Neonbeleuchtete Betonschläuche ersticken den Bassena-Tratsch, die Menschen vereinsamen dort am meisten, wo immer mehr übereinander wohnen. MieterInnenmitbestimmung steht auf geduldigem Papier, moderne Bauweisen verhindern Nachbarschaftshilfe und Solidarität in den ersten Ansätzen.

Gleichzeitig wird das Mietrechtsgesetz weiter torpediert, Verteuerungen und Verschlechterung drohen.

Also aufstehen, kennenlernen!

Die Häuser denen, die drin wohnen!

Kein Türspalt den Spekulanten!

AusländerInnenfeindlichkeit

"Alle, die sich jetzt an den Grenzen anstellen, machen das aus rein wirtschaftlichen Überlegungen." -- "Aus einer falsch verstandenen Humanität hat man Kriminalität herbeigeführt." -- "Wem es bei uns nicht paßt, der braucht ja nicht zu kommen." tönte Jörg Haider auf den Landesparteitagen der FP vor kurzem lautstark und spielt damit den gefährlichen Aufputscher für eine immer übler werdende Stimmung. Ganz im trend liegt auch die Bundesregierung, die mit einer restriktiven Flüchtlingspolitik und verschärften Gesetzen gegen den Aufenthalt von "AusländerInnen" in Österreich nicht nur unsere MitbürgerInnen direkt angreift, sondern auch ständig beiträgt, ein Feindbild zu schaffen, Ängste zu schüren.

Diese Politik zeigt Erfolg: verbale und körperliche Attacken gegen "AusländerInnen" finden vermehrt statt.

Solidarität und Zusammenleben zwischen ÖsterreicherInnen und ausländischen MitbürgerInnen zeigt sich nicht nur durch Erklärungen, Kommuniqués und schöne Worten, sondern durch den Umgang miteinander: Ein Straßenfest oder eine Hausversammlung könnten erste Schritte sein, sich zusammenzuschließen und zu wehren. Setzen wir der üblen Propaganda und dem schleichenden Faschismus unsere Spontaneität und unsere Lebensfreude entgegen.

Gemeinsam leben, feiern und kämpfen.

AusländerInnen bleiben — FaschistInnen vertreiben

Was wann wo warum

Graz:

"die würde des menschen ist antastbar"

Psychiatrietage vom 21. - 27. April in Graz

Programm

Sa 21.4.:
ab 10.00 h Informationsstand am Grazer Hauptplatz

Mo 24.4.:
19.30 Uhr, Psychiatrie-Betroffene im Spannungsfeld zwischen Repression und Hilfe (Peter Lehmann, Berlin)

Di 25.4.:
19.30 Uhr, Das Recht zu sprechen gehört Betroffenen

Mi 26.4.:
18.30 Uhr, Kinder- und Jugendpsychiatrie Bestandsaufnahme und was nicht stehenbleiben soll (Martin Hochegger, Graz)

20.00 Uhr, Gemischtgeschlechtlichkeit auf psychiatrischen Stationen - Phantasie und Realität (Karl Purzner, Wien)

Do 27.4.:
19.30 Uhr, Gespräch über gegenwärtige und zukünftige Entwicklungen (Heinz Peternell, Heribert Sitter, VertreterIn des Beratungszentrums) Arbeitsgruppen

24.4., 25.4. 15.00 - 18.00 h Rollenbild Psychodrama des Ich - (M. Kratky, Graz)

26.4. 14.30 - 17.00 h Gericht - Recht - Gerichtet (Heribert Sitter, Graz)

27.4. 15.00 - 18.00 h Psychiatrie drinnen - draußen (Draga Böttler, Graz; Hedi Riedl, Graz) Um Anmeldung für die Arbeitsgruppen wird unter der Tel.Nr. 37 43 93 bzw. 37 83 22 (zw. 8.00 und 9.00 h) gebeten.

Alle Veranstaltungen finden im Gebäude der Merkur Versicherung, Neutorgasse 57, 8010 Graz statt.

Mo 30 April:

Frauen, holen wir uns die Nacht zurück!

Lärm & Licht Demo durch den Stadtpark; Treffpunkt 22.00 Uhr Oper, gegenüber Stadtpark

DI 1. MAI:

Demo (veranstaltet von KSV, KJÖ, VSSÖ, SJ, KAJ, ÖGJ und KP)

Treffpunkt: 10 Uhr Griesplatz
10.30 Demo zum Hauptplatz
ab 11 Uhr Kundgebung mit Volkfest

Do 10. Mai:

19.00 Uhr Fest: "Solidarität mit El Salvador"

mit der Gruppe "Banda Tepevani" (Tepevani = Sieger im Kampf)
Volkshaus Lagergasse 98a

FRAUEN aus aller HERREN LÄNDER

7. bis 11. Mai:
Uni Graz

Entwicklungspolitische Hochschulwoche 1990

Mo 7.5.:
19.00 Uhr; BUCHAUSSTELLUNG UND LESUNGEN im unterrichtsraum der universitätsbibliothek der karl-franzens-universität 1. stock

Di 8.5.:
10.00 Uhr; eröffnung der entwicklungspolitischen hochschulwoche in der aula der karl-franzens-universität; anschließend führung durch die ausstellung FRAUEN aus aller HERREN LÄNDER

Di 8.5.:
im meerscheinschloß, mozartgasse 3-5

14.30 Uhr, FEMINISIERUNG DER ARMUT (hildegard schürings, frankfurt)

16.30 Uhr, BILDUNG & BEFREIUNG (sarah graham-brown)

20.00 Uhr, FEMINISMO POPULAR EN GUATEMALA (rigoberta menchú)

Mi 9.5.:
im martin-luther-haus, kaiser-josef-platz 9

14.00 - 18.00 Uhr, workshops FEMINISIERUNG DER ARMUT (hildegard schürings, heinz kunz)

BILDUNG & BEFREIUNG (sarah graham-brown, eva kohl)

FEMINISMO POPULAR EN GUATEMALA (rigoberta menchú, dorothee oehm-häneke, erna pfeifer)

Mi 9.5.:
20.00 Uhr, MUJERES DE LA FRONTERA im hs a (06.01) vorklinische institute (nicaraguanischer frauenfilm)

Do 10.5.:
10.00 - 17.00 Uhr, AKTIONSTAG im foyer des hauptgebäudes der karl-franzens-universität

20.00 Uhr, POLITISCHE FRAUENARBEIT IN SÜDAFRIKA im hs b (06.02) (nomazizi ramaphosa)

Fr 11.5.:
14.00 - 18.00 Uhr, POLITISCHE FRAUENARBEIT IN SÜDAFRIKA workshop im martin-luther-haus, kaiser-josef-platz 9 (nomazizi ramaphosa, engelbert theurmann)

19.00 Uhr, THEATER TANZ FEST in der mensa
ausstellung FRAUEN aus aller HERREN LÄNDER in der aula der karl-franzens-universität;

8.5. - 10.5. 10.00 bis 17.00 Uhr (führungen für gruppen gegen voranmeldung)
buchausstellung im unterrichtsraum der universitätsbibliothek der karl-franzens-universität;

8.5. - 11.5. 10.00 bis 18.00 Uhr videothek vor der aula der karl-franzens-universität 8.5. - 10.5. 10.00 bis 18.00 Uhr

kinderecke (für kinder ab 3 jahren) in der katholischen hochschulgemeinde, leechgasse 24;
8.5. 10.5. 10.00 bis 17.00 Uhr

Betrifft: TATblatt

So! Dieses ist das erste TATblatt in der Ära nach der kollektiven Klausur der Wiener TATblatt-Gruppe. Wie berichtet, wollten wir die Ziele des Projekts, unsere Erwartungen in selbigen, unsere politischen Unterschiedlichkeiten nebst Gemeinsamkeiten, die zwischenmenschlichen Psychos und manch anderes besprechen — wie zu erwarten, konnten wir nur einen ganz bescheidenen Teil dessen verwirklichen. Aus diesem Grund können wir auch noch nicht mit einer neuen Selbstdarstellung einem neuen Programm und neuen Perspektiven für die Neunziger Jahre aufwarten. Vielleicht beim nächsten Mal! Geschichte wird gemacht, und das ist nunmal eine ganz schöne Hacken!

Das vorliegende TATblatt ist also sicherlich nicht das Produkt neuer, bisher ungeahnter Überlegungen, sondern chaotisches Ergebnis unserer latenten Überarbeitung (für alle, die nicht wissen, was latent bedeutet: ich weiß es im Moment auch nicht, aber ich glaub, es paßt da). Und wenn man und frau nicht mehr weiß wo oben und unten ist, geschweige denn wo einer/m der Kopf steht, passieren dann natürlich Fehler. Ganz beachtlich das Ansteigen der LeserInnenbriefe in letzter Zeit — Super! Weiter so!

Was mir jetzt auch grad noch einfällt: Das traditionelle TATblatt-Café vom Montag gibt es ab sofort nimmermehr! (traurig, aber es muß sein!) Uns zum Kennenlernen gibts also jetzt nurmehr jeden zweiten Montag (1 Tag vor dem offiziellen Erscheinungstermin) beim gemeinsamen Zusammenlegen und Versenden (ab jeweils ca 14 Uhr) und bei den Donnerstagsplena.

Und: Am 1. Mai machma mit dem Rotstilzchen und der Stadtteilgruppe Margareten ein Fest (siehe die Seite davor).

Nundenn: Bussi, Baba, Liebe & Kraft! Machts as gut! 1er vom Tb. ●

Wien:

Mi 25. April:

Prozeß gegen Schurli!!!!!! (sitzt seit dem Opernball!) um 9.30 Uhr im Landesgericht für Strafsachen; Eingang Frankhplatz; Saal 2034.

Nachdem wir gemeinsam am Opernball waren, müssen wir uns auch jetzt gemeinsam mit den Folgen auseinandersetzen. Solidarität ist eine Waffe! Hinkommen unbedingt notwendig!

Fr. 27. April:

Großes Tohuwabohu (Rotstilzchen grabt das Kriegsbeil aus, damit sich Hausbesitzerin, Stadt und Kapital die Räumung in die skalpierten Haare schmieren können. Treffpunkt: 16 Uhr Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)

Sa 28. April: Fest (strahlendes!) 10 Jahre Rotstilzchen (immer noch 5, Margaretenstraße 99). Das Erscheinen ist leider verpflichtend, der Beginn um 20 Uhr.

DI. 1. MAI:

Wie immer: Ab 10 Uhr kämpferisches Hinterherspazieren nach SP und KP mit all den lieben GenossInnen, die auch sonst immer ab 10 Uhr warten, bis wir endlich an der Reihe sind. (von der Oper weg, übrigens) (und nicht vergessen: am Vormittag fährt in Wien öffentlichermaßen nur die Schnellbahn, selbige aber nicht zur Oper!) und nachher:

Fest gegen AusländerInnenfeindlichkeit, Stadteilerstörung, Mietenwucher usw (von der Stadtteilgruppe Margareten, dem Rotstilzchen und dem TATblatt veranstaltet) ab 14 Uhr im Einsiedlerpark in Wien5

(da fahrn auch schon wieder Bim und Bus)

Beachten Sie bitte auch die ausführlichere Terminankündigung auf der vorigen Seiten.

und ganz am Abend: Konzert und Diskussion für ein freies Radio Wien (veranstaltet von »Plural FM«, um 19 Uhr im Vindobona, am Wallensteinplatz 6 im 20. (mit Tschuschenkapelle, Bruji und Willnauer)

TIEFKÜHLSCHWESTERN

Tiefkühlschwester betreiben Tiefkühlbabies? Wer will die Babies? Wer macht die Babies? Wer will die Babies machen, und warum?

Der Film spannt einen Bogen von den Anfängen der Naturwissenschaft über das erste Flugzeug bis zum sequenzierten Basenpaar, und macht die Brisanz des Themas deutlich.

Ein Videofilm von geGENschlag, Frauen gegen Gen- und Reproduktionstechnologie, Wien 1990
Sonntag, 6. Mai, 21 Uhr (dieser Termin ist ausschließlich für Frauen!)

Montag, 7. Mai, 21 Uhr
beide: B.A.C.H.; 16, Bachgasse 21

Innsbruck:

Gesamtösterreichische Tagung für feministische Mädchenarbeit (diese Tagung ist eine Weiterbildungsveranstaltung für Frauen, die in ihrer Arbeit mit Mädchen zu tun haben) vom 25. bis 27. Mai in Innsbruck. Nähere Infos und Termine und Anmeldung. Andrea Ciresa; Jugendzentrum Z6; Dreiheligenstraße 9; 6020 Innsbruck; Telefon: (0512) 58 08 08.

auf der ganzen Welt:

28. April:
ANTI-SHELL-AKTIONSTAG!

Das TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen — um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten — werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kozipt, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles — eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten — weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist immer willkommen.

TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz, Linz und Innsbruck:

TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11
Telefon: (0222) 57 49 543

TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

Lustiges Zusammenlegen des druckfrischen TATblatts, mit Adreßpickerkleben und Packerl-machen: jeden zweiten Montag, und zwar einen Tag vor Erscheinen, ab etwa 14 Uhr. Ab diesen Zeitpunkt ist das TATblatt auch für HandverkäuferInnen abholbereit. Für den Fall von Druckverzögerungen (kommt auch vor): vielleicht vorher anrufen (ab 12 Uhr zirkal!)

TATblatt-Graz:

8010, Kastellfeldg 34/16

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr

TATblatt-Linz:

Treffen: jeden Mittwoch um 20 Uhr im Medienzentrum; 4020, Schubertstr 35 / Keller.

TATblatt-Innsbruck:

Treffen jeden Mittwoch nach Erscheinen im Seminarraum des Politikwissenschaftsinstitutes der Uni Innsbruck um 20 Uhr.

An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

Eigentumsvorbehalt: Diese Zeitung ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/m Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/m Gefangenen nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIELFALT; 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11;
Telefon: (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371;
Druck: Eigendruck

Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!

Das TATblatt im Abo

Preise: Abo für 10 Ausgaben: S 96. —; **Abo** für 20 Ausgaben: S 190. — (innerhalb Österreichs) Bei **Förderabos** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96. — bzw S 190. —)

Ein »**Auslandsabo**« kostet S 150. — für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1. — pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. — Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

Einzelverkaufsstellen

Wien:

Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Kiosk R. A. Keream (1, Kärntner torpassage)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprächlos (3, Radetzkygasse 6)
- VKA (6, Stieggasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Reisebuchladen (9, Kollingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48)

diverse Läden:

- Why Not-Plattengesch. (6, Otto Bauerg 16)
- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozsigasse 38)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

Beisln:

- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)
- FLEX (12, Arndtstraße 51)

- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margaretengürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo&Mi 15-18.30)

Graz:

- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Buchhandlung Alex (Hauptplatz)

Innsbruck:

- Am Haven (Innrain 157)
- Buchhandlg Parnaß (Speckbacherstr 21)

anderswo:

- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Josefstal 21)

Das nächste TATblatt erscheint am 8. Mai 1990.

Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 1. Mai! Freundschaft!